

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Verordnungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,— M., für das übrige Ausland 24,50 M. jährlich. Zahlung: Vorkasse, per Brief für Deutschland und Österreich 10,— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 89.

Die achtspaltige Nonpareilspalte ober dem Raum kostet 2,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Ausländische Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gesellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Drucke in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amerika und die Wiedergutmachung

Die Politik der Vereinigten Staaten

Wid. Tel. Washington, 11. April.

Von maßgebender Seite wird bekanntgegeben, daß die Politik der Vereinigten Staaten folgende Richtlinien verfolgen wird:

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird ihren ganzen Einfluß ausüben, um Deutschland dazu zu bewegen, innerhalb seiner Fähigkeit Geldzahlungen zu leisten, und für die Schäden aufzutommen, die der Krieg Belgien und Frankreich zugefügt hat.

Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Berechtigung der französischen Sanktionen gegen Deutschland anerkennt, so glaubt sie doch, daß Deutschland nicht ausgebeutet werden sollte, sondern daß Frankreich seine Hilfe zur Entwicklung der deutschen industriellen Hilfsquellen leisten sollte, womit ein Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt getan würde.

Die Vereinigten Staaten würden alle aggressiven Maßnahmen, die nur den Imperialismus begünstigen und wahrscheinlich dauernden Massenhaß sowie internationale Streitigkeiten zur Folge haben würden, als unratig verwerfen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt voller Beunruhigung die derzeitigen Nachwehen des Krieges, aus denen sich unzweifelhaft die Tatsache ergibt, daß im Augenblick nirgendwo in der ganzen Welt ein unparteilicher Gerichtshof besteht, dem die strittigen Probleme zum Zwecke eines Schiedsspruches unterbreitet werden könnten.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, irgendwelche Rechte aufzugeben, die ihnen als einflussreichen Teilnehmern am Weltkriege und als Teilhabern an dem erfolgreichen Ausgange des Kampfes zuteil sind.

Französisch-englische Differenzen

London, 11. April.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ will erfahren haben, daß eine neue englisch-französische Krise in der Frage der Reparation bevorsteht. Die Franzosen hätten erklärt, daß sie nach dem 1. Mai zu neuen Sanktionen übergehen würden. Mit einem solchen Schritt würde sich Frankreich noch weiter von seinen Verbündeten entfernen. In briti-

schen amtlichen Kreisen frage man sich perplex, worauf denn die französische Politik abziele. Angenommen, ein weiteres Stück deutschen Gebietes werde besetzt — angenommen, die Franzosen marschieren nach Berlin, — was sei damit gewonnen? Auf diese Frage bleibe Frankreich die Antwort schuldig. Man könne sich nur schwer dem Gedanken verschließen, daß Frankreich diese Frage niemals in Erwägung gezogen habe und keine Antwort darauf geben könne. Es sei wichtig, daß den Franzosen die Politik klar gemacht werde, die Downing Street (Sitz der englischen Regierung) vorschläge. Die britische Regierung könne nicht verstehen, wie die Franzosen hofften, die Bezahlung der deutschen Entschädigung in 20 oder 30 Jahren durch einen Vormarsch nach Berlin zu sichern. Denn man müsse nicht vergessen, daß mit Bezug auf die Bezahlung der fünf ersten, in Paris festgesetzten Jahreszahlungen zwischen Deutschland und den Alliierten eine Meinungsverschiedenheit nicht herrsche. Die Deutschen hätten die fünf Jahreszahlungen angenommen und die Bedingung, die damals dafür gestellt wurde, nämlich, daß Oberösterreich ohne Abstimmung (?) an Deutschland gehen sollte, sei durch die Abhaltung der Abstimmung aufgehoben worden. Soweit die Reparationen in Betracht kämen, sei die Lage die, daß die oberösterreichische Frage ausgeschaltet sei und unabhängig geregelt werde.

Ein anderer wichtiger Punkt, den die französische Regierung unbedingt verstehen müsse in Anbetracht der neuen Reparationskonferenz, die jetzt unvermeidlich ist, sei der, Frankreich wolle Geld, England aber wolle Handel, und die englischen Bedürfnisse seien vitaler als die französischen, solange britische Märkte in Europa den Engländern verschlossen seien. Infolge des Bestehens der Franzosen auf militärischen Zwangsmahnahmen und der daraus folgenden Vermittlung der wirtschaftlichen Beziehungen könne England niemals mit seiner Wiederherstellung beginnen. Nur Offenheit könne die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich in der Reparationsfrage überbrücken.

Die Kohlenlieferung

Paris, 11. April.

In diesem Augenblick finden in Paris Verhandlungen statt zwischen der Reparationskommission und den Vertretern der Kohlenindustrie. In Erwartung eines allgemeinen Lieferungsplanes hat die Reparationskommission bestimmt, daß auch für April wie für Februar und März 2.200.000 Tonnen geliefert werden sollen. Die deutschen Delegierten haben eine Denkschrift überreicht, in der verlangt wird, daß das monatliche Lieferungsquantum herabgesetzt werden möge.

meinsamen Beratungen mit den Vertretern der Angestellten geschah, damit man zu einem Lohnstandard komme, der mit den Lebensbedingungen im Einklang stehe. Diese Erklärung wird als ein Zeichen des Erfolges für die im jetzigen Kohlenkonflikt beobachtete Haltung des Dreierbundes betrachtet.

Attentäter und Sondergerichte

Wir berichteten kürzlich über die Verurteilung des Paul Jakob aus Ammerdorf vor dem Sondergericht in Halle zum Tode. Jakob hatte mehrere Eisenbahnattentate verübt. In einer telegraphischen Mitteilung war er kurz als Kommunist bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich, wie es sich jetzt herausstellt, um einen gewöhnlichen Verbrecher, der seit seiner militärischen Entlassung nur von Einbrüchen und Raub gelebt hat. Auch bei seinen Eisenbahnattentaten verfolgte er vor allem Raubabsichten. Die Kommunisten bestreiten jeden Zusammenhang zwischen ihrer Partei und Jakob, so daß die Wolff-Meldung als irreführende Stimmungsmache erscheint.

Diese Feststellung ändert natürlich nichts an unserer prinzipiellen Stellungnahme gegen die Sondergerichte im allgemeinen und gegen die Todesstrafe im besonderen. Die Sondergerichte bedeuten, abgesehen von allem anderen, eine so weitgehende Einschränkung der Verteidigung, daß es schon deshalb im härtesten Widerspruch zu dem Rechtsempfinden steht, wenn sie Todesurteile aussprechen.

Weitere Zuchthausurteile

Erfurt, 11. April.

Wie die „Thüringer Allgemeine Zeitung“ meldet, verhandelte heute das Sondergericht in Erfurt gegen die Urheber des Dynamitanschlages auf die Eisenbahnstrecke Erfurt-Gotha in der Nähe von Erfurt. Sämtliche Angeklagten bekannten sich als Angehörige der kommunistischen Partei. Das Urteil lautete gegen den Zuschläger August Koellert auf sechs Jahre, den Schloffer Walter Jakobski fünf Jahre, den Arbeiter Karl Orphal sechs Jahre und den Schneider Wilhelm Böhlau sieben Jahre Zuchthaus sowie auf je zehn Jahre Ehrverlust.

Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der preussische Minister des Innern in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten den Fortfall der bisher gezahlten staatlichen Gebühr von 5 M. und die Stempelfreiheit für die von der Ortspolizeibehörde angestellten Personalangewandten zu Fahrten in das besetzte Gebiet angeordnet hat.

Sozialistischer Anschauungsunterricht

Von unserem Londoner Korrespondenten

Der nachfolgende Artikel, der schon vor einiger Zeit geschrieben wurde, aber von uns zurückgehalten werden mußte, gewinnt jetzt von neuem Interesse, weil er den Zustand der englischen Wirtschaft vor dem Bergarbeiterstreik schildert und damit die Ursachen der aufsteigt, aus der auch diese Massenbewegung entstanden ist. Der Kampf des Arbeitervolkes, wie wir schon schildern, ein Kampf gegen den von den Kapitalisten unternommenen Versuch, die Löhne der englischen Arbeiter zu reduzieren, auf den der Artikel ausführlich eingeht.

Die Flut der Arbeitslosigkeit steigt immer höher. Die Produktions- und Absatzstodung greift immer weiter um sich. Schon zählt man 1½ Millionen erwerbslose Arbeiter, während immer mehr Betriebe Hunderttausende zu gekürzter Arbeitszeit und zu reduzierten Löhnen zwingen. Die Zahl der Betroffenen ist mit 7 Millionen nicht zu hoch geschätzt. Die Krise bedroht auch Wirtschaftszweige, die unangreifbar schienen. Zehntausende von Arbeitern im Schiffbau, in den Eisen- und Stahlwerken feiern. Man versucht, in den Eisenbahnbetrieben Kurzarbeit einzuführen, und Zehntausende von Bergarbeitern, insbesondere in Süd-Wales, werden entlassen. Der Sturz in den Preisen der Exportrohstoffe hat die Schließung mehrerer Bergwerke zur Folge gehabt. Ebenso der Rückgang der Ausfuhr nach Frankreich, dessen Bedarf durch die Mehrarbeit im Ruhrrevier gedeckt wird. Die Kohlenförderung ist daher wieder gesunken, ebenso wie die Einnahmen aus der Kohlenausfuhr. Mit ihnen schwindet langsam auch der Lohnzuschlag, den die Bergarbeiter im letzten Streik errangen. Die Lohnzuschläge sind von 3¼ auf 1¼ % pro Tag gefallen.

Die Arbeiterpartei hat bereits auf ihrer letzten außerordentlichen Konferenz am 29. Dezember eine Dringlichkeits-Resolution über die Arbeitslosenfrage behandelt, und am 27. Januar tagte hier ein gemeinsamer außerordentlicher Kongress der Partei und der Gewerkschaften. In einer ausführlichen Resolution wurden die positiven Vorschläge der Arbeiterbewegung zur Lösung der Frage, insbesondere zur Milderung der unmittelbaren Not zusammengefaßt. Die Regierung hat unmittelbar vor Weihnachten eine Konzession an die Arbeitslosen in aller Eile durch das Parlament gepeitscht. Das Versicherungs-gesetz gegen Erwerbslosigkeit wurde in einer Weise modifiziert, daß nunmehr alle Arbeitslosen auf die gesetzliche Unterstützung Anspruch haben, unabhängig davon, ob sie nach oder vor Annahme des Gesetzes arbeitslos geworden sind und unabhängig von der Höhe der geleisteten Beiträge. Aber das ist auch alles, was die Regierung zur Linderung der Not getan hat. Dagegen gab der Arbeitsminister die Parole der allgemeinen Einführung der Kurzarbeit aus. Gegen die in der englischen Arbeiterschaft lebhaften Bedenken geltend gemacht werden, weil in der gegenwärtigen Situation die Gefahr besteht, daß die Kurzarbeit von den Unternehmern als ein weiteres Mittel benützt wird, um das Streben nach allgemeiner Reduzierung der Löhne zu fördern. Bevor nicht andere Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft durch Opfer der Unternehmer getroffen worden sind, sehen die englischen Arbeiter der Kurzarbeit, die ohne Entschädigung an den Kurzarbeiter gedacht ist, Widerstand entgegen.

Die letzten Wochen waren der Beginn einer allgemeinen Offensive des Unternehmertums, geräuschvoll unterstützt durch die gesamte bürgerliche Presse. So rüchlos, ja schamlos bedrte die Bourgeoisie ihre Karten aus, daß die „Times“, erschreckt ob dieser mit der britischen Tradition des vorsichtigen Taktens und sein maschierten Vordringens, kaum zu vereinbarenden Kampftaktik, von „kapitalistischen Völkern“ zu reden begann.

Die englische Unternehmerklasse, insbesondere die Schwerindustrie, ist fest entschlossen, die Wirtschaftskrise in zweifacher Richtung auszunutzen. Sie erstrebt nunmehr ganz offen einerseits eine allgemeine Lohnkürzung und andererseits die Einführung der Schutzollpolitik. Beides wird damit begründet, daß die englische Industrie durch ihre hohen Produktionskosten auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig geworden sei. Ja noch mehr. Sie werde sogar auf dem heimischen Markt unterboten, insbesondere von deutschen Waren. Das Unternehmertum feugnet, daß die Hauptursache der Krise einerseits in den hohen Preisen und ebenso unerhörten Profiten besteht, andererseits in dem Ruin des europäischen Festlandes durch Blockade, Friedensverträge, Vorenthaltung von Rohstoffen und Krediten.

In Briefen an die „Times“ wird der Herzenswunsch der englischen Unternehmer offen ausgesprochen. Es heißt dort: „Nicht weniger wesentlich ist es, daß die Arbeiter in diesem Lande und den Vereinigten Staaten die Hoffnung aufgeben, für unbegrenzte Zeit eine Lebenshaltung aufrechtzuerhalten, die lächerlich höher ist, als diejenige der Arbeiterschaft in den anderen Ländern, mit denen es wichtig ist, Handel zu treiben.“ Das ist des Pudels Kern! Die gesamte Presse hämmert auch von Tag zu Tag ihren Arbeiterletern ein, daß sie im Interesse der Erhaltung der englischen Industrie

Der Streik in England

Verhandlungen zwischen Regierung und Streikenden

EW. London, 11. April.

Die Verhandlungen mit den Führern der streikenden Bergarbeiter, die heute morgen begonnen haben, gehen ohne Schwierigkeiten vonstatten. Von Regierungsseite nehmen Lloyd George und Handelsminister Herne daran teil. Obwohl die Verhandlungen bedingungslos zustandekamen, haben die Bergarbeiter die Tätigkeit an den Pumpen wieder ausnehmen lassen. Die Disziplin hat sich hier sehr bewährt, ebenso die Taktik des Dreierbundes. Durch die Bedienung der Pumpen gewonnen die Streikenden nämlich die Sympathie des Publikums, das sich verärgert über die groben Vernichtungen der Gruben durch das Wasser allmählich von ihnen abzuwenden begann. Die heutige Konferenz zwischen Bergarbeitern und Unternehmern im Handelsministerium beschäftigte sich mit der vorgeschlagenen Aenderung der Lohnzahlung. Diese Frage dürfte sich um so leichter lösen lassen, da die Regierung, die erst gegen jede Unterstützung der Bergwerke war, sich jetzt bereitfindet, den Bergwerken eine kurzfristige Staatsanleihe zu gewähren.

Der Eisenbahnführer Thomas hat erklärt, daß bei diesem Konflikt von einem Sieg der einen oder der anderen Partei nicht die Rede sein könne. Eine Verzögerung der Verhandlungen dürfte aber durch die Notwendigkeit der Regelung der Arbeitslosenunterstützung entstehen. Durch die Vermittlung verschiedener Gruben sind Tausende von Arbeitern sogar auf Monate hinaus arbeitslos geworden.

Es hat sich herausgestellt, daß die Beschädigungen der Gruben nicht so groß sind, wie sie teilweise zu Propagandazwecken dargestellt wurden. Die Arbeiten an den Pumpen sind, bis auf Yorkshire, in allen Distrikten wieder aufgenommen. Den parlamentarischen Abgeordneten der Bergarbeiter ist es gelungen, die Deffektivität davon zu überzeugen, daß die angebotene Lohnherabsetzung undiskutabel war und daß die Regierung Unrecht hatte, sich einseitig auf den Standpunkt der Unternehmer zu stellen.

Die Lohnregelung bei den englischen Eisenbahnern

EW. London, 11. April.

Die englischen Eisenbahngesellschaften erklären in einer Veröffentlichung, es liege nicht in ihrer Absicht, die Löhne der Eisenbahner auf den Stand vor dem Kriege herabzudrücken, wenn am 1. August die Regierungskontrolle aufhöre. Falls dann andere Lohnregelungen getroffen werden müßten, sollte dies in ge-

sch bequemen müssen, auf dasselbe Lebensniveau herunterzusetzen, wie ihre Klassen-genossen in Deutschland, Oesterreich, Polen und den anderen Ländern des Kontinents. Der Entente-imperialismus hat zuerst ganz Europa in einen Weltteil billiger Arbeit verandelt, das Proletariat vor allem der besiegten Länder tief unter das Lebensminimum hinabgestoßen. Und nun verweist man auf die eisernen ökonomischen Geleise der Konkurrenz und fordert die englische Arbeiterschaft auf, den gleichen Prozeß durchzumachen. Die Wirtschaftskrise hat in aller Schärfe die Frage aufgeworfen, soll die englische Industrie wiederhergestellt werden durch die Hebung der Kauf- und Produktionskraft Europas, oder durch die Senkung der arbeitenden Klassen Englands (und der Vereinigten Staaten) auf das Hungerniveau der besiegten Länder. Die Arbeiterpartei verlangt eine internationale Wirtschaftspolitik der ersten Art, die Bourgeoisie — ist für den zweiten Weg.

Das ist aber nicht der einzige Widerspruch des kapitalistischen Systems, den diese Wirtschaftskrise enthüllt. Dank der Niedrigkeit der europäischen Löhne ist z. B. die deutsche Industrie imstande, auf dem englischen Markt zu konkurrieren. Darauf ein Gesetz im Parlament und in der Presse, die Schutzollpolitik wittern Morgenluft, und es ist schon so gut wie sicher, daß ein Gesetz gegen die Unterbietung und zum Schutze der sogenannten „Schlüssel-Industrien“ der Hauptverhandlungsgegenstand der nächsten Parlamentssession sein wird. Die konservative Partei ist entschlossen, die günstige Situation nicht vorübergehen zu lassen, ohne der Freihandelsabstimmung einen Totschlag zu versetzen. Gerade die Not der Arbeitslosigkeit scheint den Tories ein günstiger Boden für ihre Schutzoll-Agitation bei den Parlamentswahlen, die doch noch in diesem Jahre ausgeschrieben werden können. Der Abbruch der Londoner Verhandlungen hat den Schutzollern einen unerwarteten Erfolg gebracht. Denn die 50 prozentige Abgabe von dem Preis der eingeführten deutschen Waren bedeutet einen raschen und so großen Sieg, wie ihn die Schutzollner in ihren kühnsten Träumen nicht erhoffen konnten.

Mit Recht wenden sich die Arbeiterpartei sowie manche bürgerliche Freihandelspolitiker gegen die unentwirrbaren Widersprüche dieser blühenden Monopole- und Profitgier. Will England für seine Ausfuhrindustrien Absatz finden, muß es natürlich Käufer für seine Waren haben. Mit anderen Worten: es muß den Warenaustausch wünschen. Die englischen Industriellen wollen und können nicht mit Papiermark, Kronen oder Rubeln bezahlt werden. Die Absatzländer Englands müssen selber Waren erzeugen, um mit den Produkten ihrer Arbeit die englischen Waren zu bezahlen. Wie kann England eine Erholung oder gar Ausdehnung seines Absatzes erhoffen, wenn es zu gleicher Zeit den anderen Ländern durch Einfuhrzölle den Verkauf ihrer Waren in England unterbindet?

Es ist eine typisch kapitalistische Denkungsart. Die englische Bourgeoisie erstrebt eine Monopolstellung für ihre Ausfuhrindustrien, aber sie ruiniert zugleich ihre Käufer. Die ganze Welt soll die englischen Waren kaufen und mit realen Werten bezahlen, aber soweit es geht, soll jede Werterzeugung außerhalb des britischen oder alliierten Wirtschaftsgebietes verhindert werden. Die englische Arbeiterschaft soll natürlich auf ihre „lächerlich hohen“ Löhne verzichten, aber sie soll kaufkräftig genug sein, die Waren zu den Preisen abzunehmen, die das Unternehmertum diktiert. Man schreibt nach höherer Leistung und Produktion und setzt nach wenigen Wochen Millionen von Arbeitern auf die Straße, weil kein Absatz für die Erzeugnisse vorhanden ist. Die Wirtschaftskrise liefert dem englischen Proletariat sozialistischen Anschauungsunterricht.

Darum nehmen die internationalen Probleme einen so breiten Raum in dem Bericht und der Resolution der Arbeitertongresse ein. Selbstredend werden die Forderungen betreffs Arbeitsbeschaffung oder ausreichender Arbeitslosenunterstützung wiederholt und eingehend präzisiert. Arbeiterpartei und Trade Unions verlangen einen staatlichen Zuschuß von 40 Schilling in der Woche für erwerbslose Arbeiter mit Haushalt und 25 Schilling für Unverheiratete (außer Zulagen für Angehörige). Ebenfalls sollen Unterstützungen an unterbeschäftigte Arbeiter gewährt werden. Durch zweckmäßige Verteilung von Aufträgen der Regierungsämter, durch Verbot von Überstunden, sofortige Einführung des Achtstundentages, durch Verbesserung und Ausbau der Straßen, Bahnen, Kanäle, des rollenden Materials und der Häfen, durch Inangriffnahme von Elektrifizierungswerken, beschleunigter Bau von Schulen, Wohnungen, insbesondere für Bergarbeiter, öffentlichen Gebäuden, durch ausgedehnte Aufforstung, Landbesiedelung und Bodenmeliorationen soll sozial nützliche Beschäftigung für Hunderttausende von Arbeitslosen geschaffen werden. Der Kongreß verlangte die Abschaffung aller Ausnahmen für den Schulbesuch von Kindern unter 14 Jahren (wodurch sofort 350 000 Jugendliche dem Arbeitsmarkt entzogen werden könnten), sowie die Ausdehnung des Schulzwanges bis zum Alter von 15 und 16 Jahren (die gesetzlich bereits vorgesehen ist). Die Resolution legt aber das größte Gewicht auf eine internationale Politik der Kooperation und des normalen Güterausstausches. Der Kongreß fordert den sofortigen ungehinderten Handelsverkehr mit Rußland, eine Anwendung der Friedensverträge, die die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in den früheren Feindesländern ermöglicht, zwischenstaatliche Abmachungen betreffs Währungs-, Kreditgewährung, Ausbau des Verkehrswesens, Abschluß aller militärischen Abenteuer, insbesondere in Mesopotamien und dem Orient, Einstellung des Krieges in Island, der vor allem wirtschaftlich zerstörend wirkt.

So trägt die Krise dazu bei, die Erkenntnis der Zusammenhänge in der Weltwirtschaft und der internationalen Verbundenheit des Proletariats in der englischen Arbeiterpartei zu vertiefen.

Das Streikrecht der Beamten

Eine unmögliche Reichsgerichtsentcheidung

Das Reichsgericht hat in einer Entscheidung vom 19. Januar 1921 sich dahin ausgesprochen, daß die Drohung mit Beamtenstreik strafbar ist. Es heißt in dieser Entscheidung, daß nach § 114 des Strafgesetzbuches es als strafbare Nötigung anzusehen ist, wenn es jemand unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder Beamte zur Unterlassung von Arbeitsleistungen zu nötigen. So kann eine solche strafbare Drohung auch vorliegen, wenn solche Nachteile in Betracht kommen, die das Wohl und die Sicherheit der Allgemeinheit treffen würden, und zwar jedenfalls dann, wenn die Wahrung der von der Drohung berührten allgemeinen Interessen den Beamten obliegt oder wenn die Gefährdung der Interessen irgendwie eine benachteiligende Wirkung innerhalb des Arbeitskreises der Beamten zu ähren vermag. Das Reichsgericht sah diese Voraussetzung der Strafbarkeit als erfüllt an in einem Falle, wo die Hilfs-polizeibeamten einer Stadt den Oberbürgermeister mit Streik bedroht hatten. Es genügt in diesem Falle zur Strafbarkeit, wenn die Drohung mit dem Bewußtsein durchgeführt war, daß die Furcht vor den Wirkungen des Beamtenstreiks geeignet war, die Willensbestimmung des Bürgermeisters zu beeinflussen.

Die Versuche der preussischen und der Reichsregierung, bei Gelegenheit der letzten großen Lohnbewegung der Beamten das Streikrecht der Beamten zu beschränken, und die stillschweigende Hinnahme dieses Verstoßes der Regierungen gegen die Reichsverfassung durch den größten Teil der organisierten Beamten trägt ihre Früchte. Das Reichsgericht wird dadurch ermutigt, die Paragraphen des Strafgesetzbuches gegen Beamte in Anwendung zu bringen, die von ihrem verfassungsmäßigen Koalitionsrecht, von dem das Streikrecht zweifellos ein unlösbarer Teil ist, Gebrauch zu machen. Die Drohung mit dem Beamtenstreik nennt das Reichsgericht eine strafbare Nötigung. Nach unserer Meinung, wird das Vergehen der strafbaren Nötigung ausgeübt durch die Behörde, die den Beamten durch Entziehung des Streikrechts zwingt, zu Löhnen oder Gehältern zu arbeiten, die, wie sich leicht nachweisen läßt, noch immer weit unter dem amtlich errechneten Existenzminimum stehen. Der strafbare Nötigung macht sich das Reichsgericht selbst schuldig, indem es den Versuch der Regierung, den Beamten das Streikrecht zu entziehen, unterstützt durch die Anwendung von Klauseln des Strafgesetzbuches, die durch die Garantierung des Koalitionsrechts in der Verfassung völlig überholt sind und für nicht juristisch versuchte Schritte ihre Rechtsgültigkeit völlig verloren haben. Vielleicht aber lernen die Beamten aus diesen Vorgängen, wie verderblich ihr Stillschweigen bei den ersten Angriffen der Regierungen auf ihr Koalitionsrecht nachwirkt.

Die neue Nationalheilige

Der Tod der ehemaligen deutschen Kaiserin hat die Schwestern humanitärer Schreibleistigkeit weit geöffnet. Die monarchistische Presse, deutschnationale und deutschvolksparteiliche, erscheinen im Transergewand und mit spalten- und zeilenlangen Gedenkartikeln, die von einseitiger Verhimmelung nur so triefen. Aber das ist schließlich das gute Recht dieser Presse, wenn man sich auch des ählichen Eindrucks nicht erwehren kann, daß das alles längst vorbereitet war. So schnell dichtet und schreibt man nicht, daß man, wie etwa die „Deutsche Tageszeitung“, eine Extrabeilage mit Gedichten und Gedenkartikeln derselben Nummer belegen kann, die den Tod angeht. Daß der „Lokalanzeiger“ da nicht zurückbleibt, ist bei dem Leibblatt des ehemaligen Kaiserpaars nicht weiter zu verwundern.

Es ist ja kein Geheimnis, daß die Verfasserin den deutschen Nationalisten etwas zu spät starb. Die Wahlagitiation zu den preussischen Landtagswahlen stand stark unter dem Einfluß des zu erwartenden Ablebens der ehemaligen Kaiserin und wenn diese ihren Berechnern in Deutschland und Preußen auch nicht den Gefallen tat, noch vor den Wahlen zu sterben, so gab doch das angeblich so tragische Schicksal dieser Frau eine dankbare Agitationsphrase gegen die Republik ab. So kann man auch heute sagen, daß die ganze Verschwendung von Rede und Schrift zum Tode der Kaiserin am allerwenigsten den persönlichen Sympathien und der menschlichen Anteilnahme entspricht. Dieses Ereignis wird von den deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Parteiorganen als große politische Aktion für die Monarchie, gegen die Republik, ausgedreht. Dabei appelliert man geschickt an die Tränenröhren des gefühlvollen Spielers. Man kann ohne weiteres zugeben, daß das Schicksal dieser Frau sich radikal gemeldet hat. Aber es ist doch maßlose Uebertreibung, von den Leuten in Haus Doorn so zu reden, wie es in der nationalistischen Presse geschieht. Die Leute haben ein Haus, haben keine materielle Not, unterliegen innerhalb ihres allerdings beschränkten Gebietes keiner Einschränkung ihrer Bedürfnisse und Liebhäbereien. Wir können die ganze Reihe der politischen Flüchtlinge zurücksehen die die revolutionäre Geschichte kennt und es ist kaum einer darunter, der sich eines solchen Exils zu erfreuen gehabt hätte. Und wieviel wahrhaft königliche Herzen befanden und befinden sich unter diesen Männern und Frauen.

Die Beisetzung der verstorbenen Kaiserin soll am Sonnabend vormittag in Potsdam stattfinden, wogegen sich kaum etwas einwenden läßt. Aber es kommt doch sehr darauf an, ob diese Trauerfeier sich im Rahmen einer einfachen Handlung der Pietät hält oder ob sie zu einer monarchistischen Parade ausgenutzt wird. Die preussische Regierung hat die Pflicht, streng darüber zu wachen, daß die Beisetzungsfestlichkeiten für die Verstorbenen von den monarchistischen Drahtziehern nicht zu anti-republikanischen und hochverräterischen Aktionen benutzt wird, sondern daß diese ausschließlich auf den Charakter einer Trauerfeier beschränkt bleiben.

Für oder gegen die Ausnahmegerichte

Die Haltung der Rechtssozialisten

Vom Standpunkt der sozialistischen Arbeiterbewegung aus ist die Stellung zu den Ausnahmegerichten nie ein Problem gewesen. Ausnahmegerichte haben stets den schärfsten Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung gefunden. Für die Unabhängige Sozialdemokratie bestand deshalb nicht der geringste Zweifel, daß sie die Ausnahmegerichte mit aller Entschiedenheit bekämpfen müsse. Anders die Rechtssozialisten, deren Meinung zur Preisgabe aller sozialistischer Grundsätze auch diesmal deutlich in die Erscheinung trat. Bis zum jetzigen Augenblick hat der „Vorwärts“ zum Beispiel noch keine klare Stellungnahme gegen die Ausnahmegerichte eingenommen. Im Gegenteil, er hat sogar alle die Vorwände, mit denen die Regierung diesen Schritt gegen die Arbeiterklasse begründete, ohne Widerspruch veröffentlicht.

Daß diese Haltung des „Vorwärts“ auch auf die Haltung der übrigen rechtssozialistischen Zeitungen Einfluß ausüben würde, war ganz klar. Ebenso natürlich die Tatsache, daß die rechtssozialistische Landtagsreaktion sich nicht grundsätzlich gegen die Ausnahmegerichte gewandt hat, sondern ihnen nur einige Giftgähne auszusprechen verlor. Gegen diese schwankende Haltung sind in einigen Blättern der Rechtssozialisten heftige Einwendungen erhoben worden, die zeigen, wie unwach die Behauptung des „Vorwärts“ war, daß die Unabhängigen nur aus parteipolitischen Motiven Protest gegen die Ausnahmegerichte erhoben haben. Neben dem „Bremer Volksblatt“, das die sofortige Aufhebung der Ausnahmegerichte und die Kapprückung der von ihnen gefällten, zum Teil ganz ungeheuerlichen Urteile durch ordentliche Gerichte für geboten hält, ist es die „Chemnitzer Volksstimme“, die gegen den Versuch, auf dem Umwege über die Reform der Ausnahmegerichte diese selbst bestehen zu lassen, Protest erhebt. Sie schreibt:

„Es handelt sich für die Arbeiterklasse und damit gleichzeitig für ihre stärkste politische Sachwalterin, die Sozialdemokratische Partei, jetzt doch nicht darum, tiefgründige, lange und problematische Erörterungen über die Reform der Sondergerichte anzustellen. Nein, es geht darum, unerbittlich zu entscheiden, ob wir für oder gegen diese Art von Rechtsinstanzen sind. Einen ausweichenden Mittelweg darf es für Sozialdemokraten nicht geben. Was die „Dresdener Volkszeitung“ von bedenkllicher Schwäche, Inkonsistenz und von einem „Zurücktreten vor einem Sühneverfahren gegen kommunistische Freier“ schreibt, wird schwerlich viele Sozialdemokraten davon überzeugen, daß man die straffälligen Arbeiter vor Sondergerichte mit beschleunigtem Verfahren stellt, während ein solches Vorgehen gegen die ungeheuer vielen und genau so gemeingefährlichen Kapprückler keineswegs angewendet wurde. Es kann doch auch in der Redaktion der „Dresdener Volkszeitung“ nicht unbekannt sein, welche ungeheure Fülle von Jern und Entzweiung über ein derartiges Wesen mit zweierlei Maß nicht etwa nur bei den Kommunisten, sondern auch in den Reihen der mehrheitssozialistischen Arbeiter vorhanden ist. Wie sollte das auch anders sein. Daß nun aber gar Sondergerichte im Interesse der Angeklagten selbst zu fordern wären, ist eine Weisheit, die aus den bekannten Rechtfertigungen der Existenz der Sondergerichte durch die bürgerlichen Parteien herbeigeht. Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, sondern den Tatsachen so frei und nüchtern entgegensteht, wie sie wirklich vor uns stehen, der muß sich über eine solche Begründung, wenn sie von bürgerlichen ausgeprochen wird, wegen der darin enthaltenen Hinterlist enträufen. Wenn aber gar ein sozialdemokratisches Blatt das nachplaudert, so kann man sich nur über die vorhandene Naivität wundern.“

Diese Kritik an der Haltung der „Dresdener Volkszeitung“ ist zugleich Kritik an der rechtssozialistischen Partei, die sich immer noch nicht zu einer klaren Haltung in der Frage der Ausnahmegerichte aufgeschwungen hat.

Die Zerlegung der K. P. D.

Überall nur „Verräter“

In der kommunistischen Provinzpresse schreibt J. F. Müller, der trotz der traurigen Erfahrungen verstockt und verhärtet vollkommen auf dem Boden der Putschaktivität steht, unter der Überschrift „Die Lehren des Generalstreiks“ einen Artikel, dem wir folgende, für die innere Zerlegung der KPD. höchst bezeichnende Stelle entnehmen:

Anstatt die revolutionäre Disziplin zur Geltung zu bringen, sind Genossen, die durch ihre Vergangenheit einen Namen für sich erworben haben, im Reich herumgeritten und haben die Genossen gegen die durch den Zentralauschuß aufgeklimmte und gebilligte Linie zu handeln aufgehetzt. Die Folge davon war, daß in den dieserweise „bearbeiteten“ Bezirken, beim Generalstreik nicht alles klappte. Es gab zwar Genossen genug, deren Pflichtbewußtsein höher stand, als daß sie sich durch derartige Einwirkungen beeinflussen ließen, und sie handelten auch im Sinne der revolutionären Disziplin. Aber so manche führende Genossen in den Bezirken sind herabgefallen und haben arg gegen die Disziplin verstoßen. Man braucht nur die einzelnen Vororgane der Partei während des Generalstreiks zu lesen, um zu sehen, wie kümmerlich es in der Partei mit der Disziplin bestellt ist. So manche Vororgane in der Partei taten so, als wenn sie täten, in Wirklichkeit aber haben sie für die Durchführung des Generalstreiks nichts getan. Und es gab auch solche, die direkt lau gemacht haben. Das selbe gilt auch von diesen führenden Funktionären in den Bezirken. Sie sind mit langem Gesicht herumgegangen, ihre Stimmung brühten sie der Stimmung ihrer Umgebung auf, und verbreiteten sie als eine Seuche. Die Sabotage führender Parteigenossen war offen merkbar und reichte bis in die unteren Funktionäre hinunter. Die Massen haben einen guten Instinkt. Sie merkten, sie fühlten das heraus. Kein Wunder, daß selbst Parteifunktionäre in den Betrieben der Generalstreikpartei nicht folgten, andere sogar sich dagegen gewendet hatten. Kein Wunder daher, daß wie bei einer derart verärrteten Parteidisziplin die SPD. und USPD. Massen nicht für unsere Parolen gewinnen und vor ihnen ihre Führer nicht demaskieren konnten. Daß die legalen und illegalen Organisationen vielfach versagten, sind naturgemäße Folgen dieser Disziplinlosigkeit. Es wurde auch eine gewissenhaftigkeit in der Seziererstattung zutage gefördert, die nicht genug verurteilt und bestraft werden kann. Beschlüsse wurden und konnten nicht durchgesetzt werden, weil die zugrunde liegenden Bedingungen aus der Luft gegriffen waren.“

Die famose Zentrale sucht nun als Allheilmittel vollends jede Selbständigkeit der Mitglieder zu beseitigen und die beschriebene „eiserne militärische Disziplin“ zu verwirklichen. Deshalb hat der Zentralauschuß die Zentrale ermächtigt, Parteimitglieder, die bei Aktionen gegen Grundstücke und Taktik der Partei, sowie gegen Beschlüsse und Anweisungen der Zentrale handeln, sofort aus der Partei auszuschließen, wogegen es nur eine Berufung an den Zentralauschuß gibt.

Wir hoffen, daß die Zentrale in möglichst großem Ausmaße von dieser Befugnis Gebrauch machen und so möglichst viele Arbeiter davor bewahren wird, in Zukunft wieder als Versuchssubjekte kommunistischer Putschstrategen Opfer tollausländischer Experimente zu werden. Vielleicht erreicht die Zentrale bald jenes Ideal, das der Stuttgarter „Kommunist“ (Nr. 48) folgendermaßen verkündet hat:

„Das Parteimitglied muß bereit sein ... sich auf Befehl der Partei zu erschließen. Kurz, jeder Eigenwille hört auf.“

Welcher Waisenknaube war doch der Narr Wilhelm, als er seine Soldaten anherrschte, sie müßten nach seinem Befehl auf Vater und Mutter schießen! Der Stuttgarter „Kommunist“ hat ihm weit übertroffen. Immerhin, wäre es nicht am besten, die kommunistische Zentrale gäbe für die nächste Aktion diese Selbstmordparole endlich aus. Viel Angstaß würde dadurch ja nicht angerichtet, weil bis dahin alle halbwegs vernünftigen Arbeiter sich aus dem Tollhaus gerettet haben werden ...

Das stiebliche Bild, das hier ein führendes Mitglied der KPD. über die Zustände in seiner Partei entrollt, zeigt erneut, wie bewußt und heftig die leitenden Körperschaften und die Presse der Kommunisten handeln, wenn sie nun die Schuld an der Niederlage — den sozialistischen Parteien zuschieben. Tollends lächerlich aber machen sich die Kommunisten, wenn sie angesichts der Zerstückelung in ihren eigenen Reihen jetzt verkünden (rote Fahne vom 10. April), sie seien „den proletarischen Massen kämpfend vorangegangen“.

Die Liquidation der Reichsleitstelle. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, hat der Aufsichtsrat der Reichsleitstelle, Geschäftsabteilung G. m. B. H., beschlossen, daß die Reichsleitstelle, Geschäftsabteilung, am 1. April 1921, in Liquidation tritt.

Die Reaktion in Lettland

Wir mühten in den letzten Monaten schon mehrfach darauf hinweisen, daß der politische Kurs in der lettlandischen Republik nicht nur in immer größerem Maße von den reaktionären bürgerlichen Parteien bestimmt wird, sondern daß auch die Methoden der gegenwärtigen lettlandischen Regierung sich mehr und mehr den alten zaristischen Methoden nähern. Unsere Genossen im Lande und ihre Vertretung in der Konstituante führen einen fortgesetzten Kampf gegen diese Methoden, die die politische Entwicklung im Lande gefährden und auch geeignet sind, die internationale Stellung der lettlandischen Republik zu erschüttern. Die Arbeiterparteien in den übrigen Ländern tun deshalb gut, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und der anwachsenden politischen Reaktion in Lettland einen Damm entgegenzusetzen.

Ein besonders trauriger Fall, in dem sich der Verfolgungswahn und die politische Kurzsichtigkeit der gegenwärtigen lettlandischen Regierung deutlich offenbaren, ereignete sich kürzlich in Riga. Dort wurde der Genosse Dr. A. Braun, der seit zwei Jahrzehnten in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Lettlands eine führende Rolle spielt, und der wegen seiner prinzipiellen Gegnerschaft zu den russischen Bolschewisten die härtesten Verfolgungen seitens der „außerordentlichen Kommissionen“ in Sowjetrußland zu erdulden hatte, nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Riga unter der Anklage verhaftet, er sei ein „bolschewistischer Agent“ und betriebe in Lettland bolschewistische Propaganda. Nach mehr als dreiwöchiger Haft wurde Genosse Braun in Freiheit gesetzt; ihm droht aber nun ein Prozeß vor dem Kriegsgericht, vor dem er sich auf Grund des berüchtigten Umhurzparagrafen 129 des zaristischen russischen Strafgesetzbuches zu verantworten haben wird.

Der hier wiedergegebene Fall ist deshalb so besonders charakteristisch und für die europäische Öffentlichkeit von Interesse, weil er die Mentalität der gegenwärtigen lettlandischen Regierung nach allen Richtungen hin beleuchtet. Diese Regierung scheint sich als Rechtsnachfolgerin des alten Zarismus zu betrachten, deren Verfolgungsmethoden sie getreulich kopiert. Sie mißachtet hierbei nicht nur den zunehmenden Protest der lettlandischen Arbeiterschaft, sie scheint auch kein Gefühl dafür zu haben, wie sehr sie sich als angelegliche Verfechterin der „Demokratie“ und der „Vollfreiheit“ vor den breiten Massen Westeuropas bloßstellt, die den Kampf der lettlandischen Demokratie gegen die deutsche Junkerherrschaft stets mit aller Kraft unterstützt haben.

Die Krise in der russischen kommunistischen Partei

CC. Riga, 9. April.

Das in der erstzten Zahl von 25 Mitgliedern neugewählte Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei entfaltet eine rege Tätigkeit. Der Parteikongreß hat den Führer der „Arbeiteropposition“ Schlapnikow in das Komitee aufgenommen, während die zahlenmäßig gleich starke Oppositionsgruppe des „demokratischen Zentralismus“ keine Vertretung erhalten hat. Ein Kongreßbeschuß hat der vereinigten Versammlung der Mitglieder des Zentralkomitees, ihrer Stellvertreter und der sieben Mitglieder des Zentralkomitees, das sich seinen Beschlüssen nicht fügen und die Parteipolitik durchkreuzen sollte, durch Zweidrittelmehrheit aus der Partei auszuschließen.

Gleichzeitig hat der Parteikongreß die Auflösung sämtlicher innerhalb der Partei bestehender Gruppen beschlossen, da sie die Parteieinheit gefährden könnten. Infolgedessen verlangt das neue Zentralkomitee in einem Rundschreiben, daß der Fraktionskampf sofort aufhöre und ohne Rücksicht auf die Wahlen, Beförderungen und Beförderungen bleibe. Vor allem müsse nach wie vor die Einheit der Partei gewahrt bleiben, da gegen die kommunistische Partei nunmehr an der inneren Front ein Krieg geführt werde, der noch gefährlicher sei als der gegen die bolschewistische Partei in den Außenfronten. Man müsse den Bureaokratismus innerhalb der Partei und die Trennung von den Massen bekämpfen und den Parteinarbeitern aus der Arbeiterschaft zur Befüllung leitender Stellen zu bezuziehen. Nicht so sehr die Vermehrung der Mitgliederzahl wie vor allem die Hebung ihrer Qualität sei anzustreben.

Die Beschlüsse des Parteikongresses haben u. a. die Forderung der entschiedenen Bekämpfung von Mißbräuchen innerhalb der Partei aufgestellt und sich für die Durchföhrung einer gleichen Lebenshaltung aller Parteimitglieder ausgesprochen. Die Säuberung der Partei von eingedrungenen nichtkommunistischen Elementen ist als notwendig bezeichnet worden. Für die Gestaltung des inneren Parteiens Lebens ist das Prinzip empfohlen worden, soweit es die Kampfbereitschaft der Partei nicht schwäche.

Die hier wiedergegebenen Parteibeschlüsse sind ein Ergebnis der heftigen inneren Kämpfe, die monatelang vor dem Kongreß das ganze Parteigefüge erschütterten und die Gefahr einer Spaltung in nächste Nähe rückten. Namentlich war es die Gewerkschaftsfrage, die zur Bildung einer Reihe von einander sich bekämpfenden Gruppen in der Partei führte. Nun sind diese Gruppen auf Kongreßbeschuß aufgelöst worden, und dem Zentralkomitee wurde ferner das Recht verliehen, mit Zweidrittelmehrheit unbequeme Elemente aus seinen eigenen Reihen hinauszuerwerfen. Damit ist die Diktatur eines Führerkreises über die Parteimitgliedschaft, dieses Krebsübel des Bolschewismus, noch um vieles verstärkt worden, denn die notwendige Folge der erwähnten Beschlüsse wird nicht nur die Unterbindung des Meinungskampfes in der Partei, sondern auch die gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition in dem Zentralkomitee selbst sein.

Es klingt deshalb wie Hohn, wenn zum Schluß „das Prinzip der Demokratie“ für die Gestaltung des inneren Parteiens Lebens empfohlen wird. Trüßlich ist nur die laienhafte Klausel, daß diese Demokratie nur soweit angewendet werde, als sie „die Kampfbereitschaft der Partei nicht schwäche“. Die im Beschuß der Partei befindliche Führerkreise wird diese Klausel schon so auslegen, daß der Absolutismus unangefastet bleibt.

Gründungsschwindel

Eine neue Spaltungszentrale

CC. Göttingen, 9. April.

Die Moskauer „Jomessja“ berichtet, die kommunistische Zentralkomitee der russischen Gewerkschaften habe Schritte ergriffen, um eine rote Genossenschaftsinternationale im Anschluß an die 3. Internationale zu bilden. Die Zusammenfassung der revolutionären Elemente in den Genossenschaften soll in derselben Weise geschehen, wie bei der Bildung der roten Gewerkschaftsinternationale. Die Mitglieder der neuen Genossenschaftsinternationale sollen in den mit der 3. Internationale assoziierten Genossenschaftsorganisationen verbleiben, um von innen heraus den Kampf für deren Eroberung zu führen. Das Blatt unterstreicht die besondere Bedeutung dieser Frage, da die Genossenschaftsinternationale, die in Westeuropa etwa 10

Millionen Arbeiter umfasse, noch konservativer sei als die politische und gewerkschaftliche Internationale.

Den Herren Sinowjew, Losowski und Konsorten genügt es anscheinend nicht, daß sie, zur Freude der Bourgeoisie, das Gift der Spaltung und Zerföhrung in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats hineingetragen haben. Jetzt sollen auch noch die Genossenschaftsorganisationen von innen heraus „erobert“ werden. In Moskau wird bereits eine entsprechende „Zentrale“ gegründet, die mit den bekannten, von Lenin empfohlenen Methoden der „List und Schlaubeit und des Verschweigens der Wahrheit“ an die Arbeit gehen wird. Grund genug, daß unsere Genossen in den Genossenschaften die Augen offen halten, um die Zerföhrung der Organisation rechtzeitig zu verhüten.

Bei Stinnes gelandet

Im vorigen Jahre machte ein ehemaliger Berichterstatter des „Vorwärts“, Emil Ungar, von sich reden, dem die Rechtssozialisten noch nicht recht genug standen und der daher versuchte, eine „Reformpartei“ innerhalb der rechtssozialistischen Reformistenpartei zu gründen. Mit dieser Idee, die schon deutlich die ungesunden Ziele andeutete, stieß dieser auch-Sozialist aber durch. Nun ist er den Schritt, den seine Gefinnungslosigkeit erforderte: Er wurde der Laika derjenigen, die er — seinen eigenen Angaben nach — jahrelang aus scharfste bekämpft hatte. Zunächst trat er im preussischen Wahlkampf öffentlich als Redner der „Volkspartei“ gegen die Sozialdemokratie auf. Jetzt hat er sich noch besser „heimgefunden“ — mit dem 1. April ist Ungar in die Redaktion der künftigen „Bremer Zeitung“ als Redakteur für Kommunalpolitik und Arbeiterfragen eingetreten. Hier „vergibt“ er seine parteipolitischen Kenntnisse und muß pflicht- und vertragsgemäß in einem Drehtextil überster Art gegen die sozialistische Arbeiterschaft schreiben.

Die Unternehmer schließen sich zusammen — die Arbeiter spalten sich

Wie die „Dona“ von unterrichteter Seite erfährt, hat der Zusammenschluß der Unternehmerverbände in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Durch Aufnahme von 20 weiteren Verbänden in die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zählt die Zentralorganisation des deutschen Unternehmertums nach dem gegenwärtigen Stande 161 Verbände, die große Bezirke und Industrien zusammenfassen. Diese wiederum teilen sich in 1210 Arbeitgeberverbände. Insgesamt hat die Organisation der Deutschen Arbeitgeberverbände rund 161 500 Betriebe mit 8,5 Millionen Arbeitern erfaßt. Es bestehen zur Zeit 11 bezirksweise Zusammenschlüsse, 6 Austauschstellen, sowie 4 eigene Landesstellen in Dresden, Weimar, München und Königsberg.

Diese Statistik sollte allen Arbeitern zu denken geben. Die Unternehmer bauen ihre Organisationen zur selben Zeit immer weiter aus, in der die Arbeiter die ihrigen zerföhren lassen. Noch ist die Gewerkschaftsbewegung intakt. Das ganze Proletariat muß zusammenrücken, um dieses letzte geschlossene Bollwerk gegenüber den kapitalistischen Mächten vor der Zertrümmerung zu bewahren!

Novarra

Dreißig neugierige Fragen

Die kapitalistische Gesellschaft spieit eine Sumpfbüchse aus. Die Bourgeoisie ist in diesem Falle bereit, den Purtschen über Bord zu werfen, weil er überhaupt nicht zu halten ist. Die Öffentlichkeit verlangt aber, daß der Fall Novarra bis in die letzte Phase rektlos aufgekärt wird. Die Staatsanwaltschaft kann nicht kneifen, das Material gegen Novarra wächst rein automatisch an und beginnt immer weitere Kreise zu ziehen.

Es entstehen nun eine Reihe von Fragen, die beantwortet werden müssen. — Wo ist das Gründungsprotokoll der „Kleiderverwertungs-Gesellschaft“ (K. V. G.). Die Grundtatsache rückt an die zweite Stelle und lautet: Wo wurde der Gründungsplan ausgeheckt und von welchen Personen? Wer brachte den sehr übel besamundeten Mann aus Amerika sofort in die leitende Stelle bei der Kleiderverwertungs-Gesellschaft, Kommandantenstraße 86? Als das Unternehmen ins Leben trat, bestand so eine Art von kollegialem Direktorium. Damit sollte wohl eine Arbeitsteilung Hand in Hand gehen. Vom ersten Tage an wählte der Novarra gegen diese Einrichtung, die ihn vielleicht bei stühiger Zusammenlegung gar bald erlanni und ausgeschafft hätte. Die Möglichkeit einer solchen Gefahr erlanni Novarra, und darum ruhte er nicht früher, als bis er sein Ziel erreicht hatte. Daher die dritte Frage: Wer schaffte die kollegiale Geschäftsleitung ab und wer lekte den Novarra zum Weiter ein? Wer machte diesen Bod zum Gärtner? Berantworlicher Magistratsbeizernent war der damalige Stadtrat und Kaufmann Maas in Firma Adolf Maas u. Co., Inselstraße 9. Folgt die vierte Frage: Wer kontrollierte den Magistratsbeizernent, die fünfte Frage: Wo finden sich seine schriftlich niedergelegten Berichte und sechste Frage, wann werden diese veröffentlicht? Die siebente Frage, die ausschließlich der Stadtrat Maas zu beantworten hat, lautet: Wo befinden sich die Auskünfte über die kaufmännischen und moralischen Qualitäten Ihres Schöglings Novarra? Haben Sie diese Auskünfte nicht eingeholt, können Sie diese nicht schriftlich vorlegen, so haben Sie plichwidrig gehandelt und müssen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die achte Frage: Wo ist das Lieferantenverzeichnis der K. V. G.? Neunte Frage: Welche Lieferanten der K. V. G. waren zugleich in staatlichen oder kommunalen Stellungen oder Körperschaften ehrenamtlich oder gegen Gehalt oder nur gegen Aufwandsentschädigung tätig? Zehnte Frage: Welche Funktionen übte der Rechtsanwalt Dr. Krüpf-ganz aus? Elfte Frage: Durch wen kam dieser Herr zur K. V. G.? Zwölfte Frage: Wie kam die Firma Arnold Müller zur K. V. G.? Dann die dreizehnte Frage: Bestanden zwischen dieser Firma und der K. V. G. auch geschäftliche Beziehungen? Vierzehnte Frage: In welchem Umfange pro Jahr? Fünfzehnte Frage: Wurden bei jedem neuen Kaufabschlusse auch die Konkurrenten der bisherigen Lieferanten herangezogen? Sechzehnte Frage: Wo befinden sich die Offertbriefe? Siebzehnte Frage: Wer prüfte die Offerten unter Zugrundelegung welcher nachweisbaren Grundsätze? Achtzehnte Frage: Wie war der Einkauf organisiert? Neunzehnte Frage: Bestand ein Brief- und Offertenjournal für schriftliche Angebote? Zwanzigste Frage: Wie entwickelte sich die persönliche Offerte? Einundzwanzigste Frage: War für jede Branche ein besonderer Einläufer(in) angefaßt? Zweiundzwanzigste Frage: Ober kaufte der Novarra Aktien ein? Dreiundzwanzigste Frage: Wer unterschrieb die Auftragszettel? Vierundzwanzigste Frage: Wer nahm die geleistete Ware ab? Fünfundzwanzigste Frage: Wurden die Lieferungen im Ordnungsbefehle sofort oder überhaupt abgeliefert? Sechszwanzigste Frage: Wurden die Lieferanten inneweghalten oder mußten Nachlieferungen und in welchem Umfange gewährt werden? Siebenundzwanzigste Frage: Welche Person oder Personen hatten über diese wichtigen Dinge die verantwortliche Entscheidung? Acht-

undzwanzigste Frage: Bestand ein Lagerbuch (Wareneingang und -Ausgang)? Neunundzwanzigste Frage: Ober bestand eine andere Form der Vermögenskontrolle und welche? Dreißigste Frage: Wann endlich werden die Eröffnungs- und Jahresbilanzen der K. V. G. veröffentlicht?

Mit einigen anderen höchst interessanten Fragen gedenken wir später an die Öffentlichkeit zu treten.

Keine Frage hingegen ist die Unverfrorenheit der Deutschnationalen und sie sind nur gut beraten, wenn sie in der nächsten Stadterordnetenversammlung bei ihrer Interpellation sehr bescheiden auftreten, und anstatt zu reden, lieber Drei in den Mund nehmen nach dem köstlichen Rezept von Heinrich Heine:

Gott gab uns nur einen Mund,
Weil zwei Käufer umgahnd,
Mit dem einen Maule schon
Schwätzt er die Erdenlohn,
Hat er jetzt das Maul voll Brel,
Ruh er schweigen unterdessen. —
Hätte er der Käufer zwei,
Läge er sogar beim Fressen!

Es ist jedoch dringend notwendig, daß die Stadterordnetenversammlung sofort einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Angelegenheit einsetzt.

Das Ausnahmegericht

Am gestrigen Montag lekten die Ausnahmegerichte bei den Landgerichten I und III ihre Arbeit fort. Der Verteidiger, Genosse Dr. Siegfried Weinberg bestritt die Gültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten. Nach Artikel 113 der Reichsverfassung werde die Gerichtsbarkeit ausgeübt durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder. Dieser Artikel der Verfassung gehöre nicht zu denen, die nach Artikel 48 der Reichsverfassung durch den Reichspräsidenten aufgehoben werden könnten. Der Reichspräsident habe nicht das Recht, neue Gerichte für das Reich einzurichten. Das Gericht zog sich zur Beratung über diesen Einwand des Verteidigers zurück, kam jedoch — wie nicht anders zu erwarten — zu dem Beschuß, daß der Einwand des Verteidigers nicht stichhaltig wäre.

Auch bei den gestrigen Verhandlungen fanden nur „leichtere Fälle“ von Vergehen gegen die „Sicherheit“ des Staates zur Verhandlung. In zwei Schwurgerichtssälen wurde über Zettelankleber und Zeitungsvorkäufer zu Gericht geseßen. Die Gerichte arbeiteten außerordentlich rasch. Der Staatsanwalt erhebt Anklage wegen Vergehen gegen § 110 des Reichsstrafgesetzbuches (Aufzorderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze). Nach der Verhandlung wurde dem Rechtsanwalt nicht sich das Gericht zur Beratung zurück. Kaum hat sich die Sitzung geschlossen, ist auch schon das Urteil gefällt. Der Protokollführer wird gerufen, das Urteil kommt zur Verlesung und die Beschuldigten sind gerichtet.

Der siebzehnjährige Mechanikerlehrling Walter Münker hat die „rote Fahne“, die einen Aufruf zum Generalstreik enthielt, verbreitet. Der Antrag des Staatsanwaltes lautet auf 6 Wochen Gefängnis; das Gericht diktiert dem jungen Manne drei Wochen Gefängnis zu. Die 23jährige Frieda Stobt hat Plakate des kommunistischen Aktionsausschusses angeklebt. Der Anklagevertreter fordert eine Strafe von drei Monaten Gefängnis, denn der Generalstreik führe zu Mord und Totschlag. Das Gericht erlanni auf 1 Monat Gefängnis. Wegen demselben Delikt wurde der Eisenbrecher Otto Schulz ebenfalls zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die 23jährige Frau Erna Göde und der Maschinenarbeiter Paul Ruten haben die „rote Fahne“ mit dem schon oft allierten Aufruf verbreitet. Beide wurden zu je einem Monat Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Bauhilfser Schulz soll nach den Auslagen eines Nachmittels der Schutzpolizei „rote Plakate“ angeklebt haben, die zum Generalstreik und außerdem zur Ausrufung der Räterepublik und der Errichtung der Diktatur des Proletariats aufforderten. Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Hochverrat fallen und beantragte wegen Verstoßes gegen § 110 St. G. B. eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, Verurteilung zu den Kosten des Verfahrens und sofortige Verhaftung. Das Gericht entschied dem Antrag des Staatsanwaltes gemäß.

Aus der Wirtschaft

Soziale Bauwirtschaft

Unter diesem Namen gibt der von den baugewerblichen Arbeiter- und Angestelltenverbänden Deutschlands gegründete „Verband sozialer Baubetriebe“ seit Anfang dieses Jahres eine Zeitschrift heraus, deren Zweck der Kampf gegen die privatkapitalistische Bau- und Profiwirtschaft im Baugewerbe, die gemeinwirtschaftliche Beratung der staatlichen und kommunalen Baubehörden, die Förderung der Sozialisierung auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens und die Heranbildung sozialistischer Wirtschaftsführer aus den Kreisen der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter ist. Bis jetzt sind acht Nummern der „Sozialen Bauwirtschaft“ erschienen, die äußerst wertvolles Material für den sozialistischen Aufbau unserer Bau- und Wohnungswirtschaft enthalten.

Wir machen hiermit alle Körperschaften und Personen, die mit dem Bau- und Wohnungswesen zu tun haben, auf diese Zeitschrift aufmerksam. Insbesondere die staatlichen und kommunalen Baubehörden und Baubeamten, die Staats- und Gemeindeparlamente, die Wohnungs- und Bodenreformer, die im Vordergrund der Bauarbeiter- und Sozialisierungsbewegung stehenden Gewerkschafter, sowie die Wirtschafts- und Sozialpolitiker aller Art, werden in ihr reichhaltiges Material zur Förderung gemeinwirtschaftlicher Bestrebungen auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens finden.

Die 14tägig erscheinende Zeitschrift kostet vierteljährlich 15 M. (Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie für 9 Mark). Sie ist zu beziehen vom „Verband sozialer Baubetriebe“, Berlin W50, Kugoburger Str. 61.

Die „notleidenden“ Papierfabrikanten

Einen für die Lage in der Papierindustrie außerordentlich kennzeichnenden Geschäftsabshluß veröffentlicht die Berliner Papierfabrik. Aus ihm ist zu ersehen, daß trotz der Papierknappheit im Jahre 1920 die Gesellschaft einen reinen Nettogewinn erzielt hat. Der Fabrikationsgewinn stieg von 2 024 876 M. auf 11 402 015 M., die Handlungslosten usw. hoben sich von 1 238 580 M. auf 2 408 507 M. Für Abschreibungen sollen 4 235 880 M. (1 205 474) verwendet werden. Bei Aktienkapital von 7 Mill. M. beträgt der verteilbare Uberschuß 5 027 672 M. (1 515 599), aus dem außer den Anteilen für die Aktionäre 1 Mill. M. zur Bildung eines zweiten Reservefonds verwendet und 400 000 M. dem Pensionsfonds zugewährt werden sollen. Als Vorjahr sind 317 672 M. (270 044) norgelohen. Nach Vornahme der oben erwähnten Abschreibungen stehen 1 5 mliche Gebäude und Maschinen nur noch mit 1 bis 5 M. zu Buch. Außerdem ist noch ein Werkshaltungsauto mit 2,5 Mill. M. errichtet.

Trotz dieser riesigen Rücklagen verteilt die Gesellschaft eine Dividende von 15 Gros, gegenüber 15 Gros im Vorjahr, außerdem aber noch 15 Gros Sonderergütung, so daß die Aktionäre in Wirklichkeit eine Dividende von 40 Gros erhalten. Wie man sieht, beliebt denah wirklich ein sehr großes Bedürfnis, den notleidenden Aktionären der Papierindustrie durch eine Erhöhung der Papierpreise weitere Gewinne zu verschaffen.

Mode und Sportkleidung

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind

- Paletots** marenge und farbig, modern verarbeitet M. 850, 800, 750, 690, 490
- Sportpaletots** aus Covercoat, in verschiedener Ausführung; mit Kappe-Ähnen oder Blondenbesatz M. 1000, 900, 750, 550
- Schlüpfer und Raglans** in englischen Mustern, mit hochgestelltem Kragen, kurz gehalten, ohne Gürt. M. 1000, 980, 800, 725, 550
- Gummimäntel** in guter Qualität, glatt geköpft, Covercoat oder Double, in mannigfaltigen Ausführungen M. 750, 600, 520, 450, 370, 325
- Wettermäntel** Bosener Form, aus wasserdichtem Strichloden M. 350, 300, 250, 170
- Pelzröcke** aus grauem und grünem Strichloden, weit geschlitten, sehr preiswert M. 350, 290

- Anzüge, Serie I** außergewöhnl. Leistung. In all. modern. Fassons, vielen Mustern u. Farbenstell.; L. oben Herrengröße, auch s. blank u. unterwärts vorr. M. 690
- Anzüge, Serie II** aus sehr gutem Stoff, ganz modern auf Taille und mit Hakenschlitz gearbeitet M. 780
- Anzüge, Serie III** aus blauem vorzüglichem Kammgarn M. 825
- Anzüge, Serie IV** aus außergewöhnl. schön. hellen Mustern, sehr gute Qualität. M. 990
- Sport-Anzüge** mit Breches oder Pumphose aus sehr gutem Stoff-nach den neuesten Fassons gearbeitet 850, 725, 600, 500 425
- Knaben- und Jünglings-Anzüge** in allen Preislagen u. in verschieden. n Fassons vorrätig.

Anfertigung nach Maß; eleganter Sitz, erstklassige Verarbeitung! Stoffverkauf an Schneider und Private.

Nur eine Verkaufsstelle

Baer Sohn

Keine Filialen mehr

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

Nur Chausseestrasse 29-30 Nur

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

Theater und Vergnügungen

- Volksbühne**
7 1/2 Uhr: Antigone
- Neues Volkstheater**
Abend: Nora
- Staatstheater**
7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
8 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Kammerpiele**
8 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Großes Schauspielhaus**
7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Königgräber Str.**
7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Romödienhaus**
Abends 7.30 Uhr: Die Frau im Mond
- Berliner Theater**
7.30 Uhr: Die Frau im Mond
- Stranion Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Residenz Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Das Privileg**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Feines Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Komische Oper**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Rose Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Theater am Rollendorfsplatz**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond

- Leffing Theater**
7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Thalia Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Walhalla Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Cafino Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Apollitheater**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Theater an Kottb. To**
Täglich 7 1/2 Uhr: Die Frau im Mond
- Residenz-Kasino**
Täglich: BALL

Das Milliarden-Souper

im Berliner Theater!

Uraufführung demnächst.

Briefmarken

kauft Großmann, Johannistr. 4
Zugang u. d. Friedrichstr. (N.100) Norden 106 21

Spezial-Arzt

Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117

Seifenhändler

Josef Klügens, Berlin, Landsberger Str. 102

Der Mieterschutz

Preis 4 Mark

Die Änderungen des Mieterschutzes

Verfassen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Das Reichseinkommensteuergesetz

Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
56 Seiten Preis 4.- Mark

Die knappe, übersichtliche und allgemeinerföndliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen wertvolle Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.

In einem Nachtrag sind die durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz vom 19. März 1921 vom Reichstage beschlossenen Änderungen klar und verständlich dargestellt, so daß die Schrift alle für die jetzt vorzunehmende Veranlagung notwendigen Angaben enthält.

Für die Besitzer der früheren Auflagen der Schrift ist der Nachtrag gesondert zum Preise von 0.50 Mark erhältlich.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“

Achtung Brautleute!

Trauringe

Wir führen nur erstklassige Trauringe
Deutsche Trauringe 150 M.
18K gestempelt 95 M.
14K gestempelt 60 M.

Trauringefabrik G. Alf. Thal Seydelstr. 3 (Spittelmarkt)

Spezial-Behandlung

der Geschlechtskrankheiten
C. Weissert, Brunnenstraße 191

Messing 4.20

Supfer, Messing, Blei, etc.
Schulhauser Allee 80

Dringend gesucht:

Alle Altmetalle
Metall-Einkaufsgesellschaft
Weidenweg 72

Kupfer Messing / Blei

von Händlern u. Privaten
Ankauf
Rollendorfsstr. 39

Allgemeine Ortskrankenkasse

für Berlin-Marlendorfund Umgebung
Ordentliche Ausschuß-Sitzung

Prolog zum 1. Mai

Chöre, Väder
Theaterstücke
revolutonären Inhalts
U. Hoffmann Verlag
O. u. d. S.
107, Blumenstraße 22

Bigaretten-großhandlung

Des. Mecken 1. Wiederverkauf
Deffen, Alexanderplatz 2, 1. Etz.

Alexander Stein

Ugrarfrage und Sozialismus

Der Kistenvermählungs-Apparat

„Herkules“
bietet den größten Schutz gegen Diebstahl, Schnitzerei u. d. dgl. Verbrechen. Kein Wageln mehr, kein Zerschneiden der Kisten, kein Zerbrechen der Kisten, kein Trennen und bei m. Oeffnen.

Möbelfabrik

Alle, bekannte
Lieferer vertrauenswürdigsten Preisen unter der Bedingung promptester Lieferung.
komplette Wohnungseinrichtungen
zu günstigen Zahlungsbedingungen
Offerten unter V. 70 z. Exp. d. „Freiheit“, Berlin C 2.

Martin Stern tz I

Seifenhändler!!
Kern- und Toiletenseifen,
Savon Wagner, Frierherdler,
Savon-Goldenreze, Weilingkeit,
Seselpulver (mit Backen-)
Seifen, Seife man Lager 8-7,
Sonntag 8-1.

Trumpschokoladen

Schokolade u. Tablet
Schokolade u. Tablet
Schokolade u. Tablet
Schokolade u. Tablet
Schokolade u. Tablet

Altmetalle

Kupfer, Messing, Blei, etc.
für große Durchströme
Kupfer, Messing, Blei, etc.
für große Durchströme

Zinn-Lagermetall

such andere Metalle
aufbewahrt in allen Quantitäten
Kupfer, Messing, Blei, etc.
für große Durchströme

MASSARY

KAID 40 PFG. ROAL 50 PFG.

KON LINON

Die guten MASSARY Zigaretten URTEILEN SIE SELBST!

Groß-Berlin

Sozialistische Wirtschaftsorganisationen

Während die meisten wirtschaftspolitischen Forderungen im Sinne einer Vermittlung sozialistischer Ideen bis jetzt nur Theorie bleiben konnten, wurde von den deutschen Gewerkschaften vor einiger Zeit ein Werk ins Leben gerufen, das man als erste große sozialistische Wirtschaftsorganisation bezeichnen kann. Es ist dies die

Warenversorgungsstelle Deutscher Gewerkschaften.

Da vielfach sogar in sozialistischen Kreisen über den Weg, wie man praktisch eine sozialistische Wirtschaftsordnung anbahnt, noch Unklarheit herrscht, so erscheint es nicht überflüssig, auf die neue Einrichtung näher einzugehen, um sie allen beteiligten Kreisen in ihrer Bedeutung und Tragweite vor Augen zu führen.

Die Warenversorgungsstelle ist aufgebaut auf dem Plane der wirtschaftlichen Selbsthilfe der arbeitenden Klassen unter Ausschaltung jedes kapitalistischen Unternehmers und Zwischengewinnes. Nahgehend für ihre Einrichtung war die Erkenntnis, daß man nicht mit bloßen Parlamentsbeschlüssen und Verordnungen eine Wirtschaft sozialisieren kann, sondern daß diese Umwidmung aus dem Wirtschaftsleben selbst begonnen werden muß, um in der Praxis den Beweis ihrer Durchführbarkeit zu liefern. Die Aufgabe der neuen Einrichtung ist, für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, Bedarfsgewinne des täglichen Lebens (Kleidung, Wäsche, Schuhe usw.) zu beschaffen und zwar, ihrem Zweck entsprechend, zu billigeren Preisen, als dies der freie Handel tut und tun kann.

Die Herstellung und der Verkauf der Waren erfolgt unter gewerkschaftlicher Kontrolle, so daß alle Garantie gegeben ist, daß trotz der billigen Preise überall tarifmäßige Bezahlung stattfindet, denn die geringeren Preise gegenüber dem freien Handel werden ja durch Befreiung des Unternehmers und vor allem Zwischenhandelsgewinnes erreicht. Es ist so möglich, daß die Warenversorgungsstelle, wenn sie genügend Zuspruch von Seiten der werktätigen Bevölkerung, für die sie eingerichtet ist, erhält, auch im freien Handel die Preise drückt, eine Erscheinung, die sich sehr schon beobachten läßt.

Als sozialistische Organisation ist sie auf plan- und gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut; die Produktion richtet sich nicht nach kapitalistischen Interessen, sondern nach Bedürfnis und Verbrauch. Ein wichtiges Problem, dessen Lösung im Gange ist, bildet die möglichst weitgehende Heranziehung der Erwerbslosen zu produktiver, gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit.

Die Warenversorgungsstelle hat, trotzdem sie erst einige Monate besteht, sehr rasch einen großen Umfang angenommen und ihre Organisation über ganz Deutschland ausgedehnt, der beste Beweis für ihre Notwendigkeit. In Berlin hat sie eine Reihe von Verkaufsstellen eingerichtet. Überall wird nur an gewerkschaftlich organisierte Personen abgegeben.

Trotz alledem steht die Warenversorgungsstelle erst am Anfang ihrer Aufgaben und Möglichkeiten. Sache der arbeitenden Klassen muß es sein, auf diesem Wege durch Selbsthilfe, durch Zusammenschluß zu planmäßiger Produktion und Verbrauch praktische Arbeit für den Sozialismus zu leisten, wenn es im Parlament nicht möglich ist, denn der Kapitalismus wird nie durch bloße Beschlüsse und Verordnungen überwunden werden, sondern nur durch praktische sozialistische Arbeit im Wirtschaftsleben.

Kommunisten für die Verstärkung der Polizei

Ein unglaubliches Ansehen besitzen die kommunistischen Bezirksvereine des 12. Verwaltungsbezirks, Rosenbergs und Genossen, an unserer Fraktion, indem sie einen Antrag zur Unterstützung einbringen, der dahinging, eine Verstärkung der Sicherheitswehr beim Ministerium zu fordern. Die Einbrüche und die Unruhe nehmen überhand, meinten die Kommunisten zur Begründung. Unser Fraktion lehnte die Unterstützung dieses Antrages ab, wir stellen uns als Sozialisten auf den Standpunkt, daß gerade jetzt eine Vermehrung der Polizei lediglich dem Bürgertum und den reaktionären Bestrebungen zugute kommen würde. Bei den oft merkwürdigen Methoden der Kommunisten, die sie im Kampfe gegen die U. S. P. D. anwenden, ist es allerdings möglich, daß man unserer Fraktion lediglich eine Falle stellen wollte, die dann das Material für einen Angriff der „Roten Fräse“ liefern sollte. Darüber aber müßten sich auch die Steglitzer Kommunisten klar sein, wenn dieser Antrag, wie es den Anschein hat, ernst gemeint war, daß er von den bürgerlichen Parteien der Steglitzer Bezirksversammlung mit Freuden aufgenommen worden wäre.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermann Jutz, Berlin. Copyright by Der Volk-Verlag Berlin-Galensien 1921

(W. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Duggan schrieb Gedichte, unzählige Gedichte über die Ausgestoßenen der Gesellschaft. Sah meist mit Papier und Bleistift in einer Ecke, während die anderen im Hüttertum sprachen, um nicht zu hören. Peter meinte, Duggan schreibe auch, wenn die anderen schlafen. Er schrieb Gedichte über seine Zellengenossen, über die Kerkermeister, über die anderen Mitgefangenen. Bisweilen improvisierte er Verse, versank dann wieder in Stimmungen der Verzweiflung, sagend, das Leben sei eine Hölle und Verfluchtes sei etwas Kindliches.

Tom Duggan hatte alle Teile Amerikas bereist, kannte alle Tragödien des Lebens der Ausgestoßenen. Er war bereit von ihnen durchdrängt, daß er an nichts anderes denken konnte. Manchmal erzählte er von Leuten, die in der Wüste verdurstet waren, von Bergleuten, die Wochen lang verschüttet geschmachtet hatten, von Streichholzarbeitern, denen das Gift die Zähne, die Fingernägel und die Augen ausgefressen hatte. Peter begriff nicht, wie man bei den schrecklichen Seiten des Lebens so lange verweilen könne. Duggan zerstörte ihm seine ganze Zufriedenheit, war noch ärger, als die kleine Jennie, wenn sie vom Krieg gesprochen hatte.

33.

Eines von Duggans Gedichten handelte von einem armen Teufel, namens Slim, der ein „Schneestesser“, das heißt ein Opfer des Kokaingewinnes, war. Slim durchwanderte zur Winterzeit obdachlos die Straßen New Yorks, verkroch sich in eine Bedürfnisanstalt, um dort die Nacht zu verbringen. Wenn er sich niederlegte, wurde er entdeckt und verjagt, er mußte aufrecht sitzen, schlief er aber ein, so fiel er auf die Erde — deshalb trug er stets einen Strick bei sich und band sich in sitzender Stellung fest.

Wozu eine derartige Geschichte? Peter wollte nichts von solchen Leuten wissen. Er hätte gerne seinem Ekel Ausdruck verliehen, doch mußte er, daß dies nicht anginge. Lachend rief er: „Großer Gott, können Sie uns nichts Fröhlicheres erzählen? Der Sozialismus ist doch keine Kur gegen Karkotika.“

Für aufmerksame Beobachter der letzten innerpolitischen Ereignisse ist es ja kein Geheimnis, daß die Kommunisten für die Reaktion arbeiten, betreiben sie nun jetzt ihre Arbeit schon so offen?

Die Klagen über die Mietsteigerungen, ihr langsames Erheben, ihre willkürlichen Entscheidungen und ihr oft rücksichtsloses und unvorstellbares Gebahren werden immer lauter. In der Tat ist das Mietsteigerungsamt geradezu das Herzstück einer Gerichtsbehörde: Daten ohne Erfahrung und Kenntnisse auf dem schwierigen Gebiete der Mietsteigerungen machen sich an, nach Gutdünken Urteile zu fällen, ohne sie anders als durch ihre persönliche Ansicht begründen zu können, und schneiden überdies den Parteien die Möglichkeit ab, ihre Forderungen durch Beförderung von Gutachten erfahrener, objektiv urteilender Sachverständiger zu stützen. Hier wird mit Recht schleunig Wandel zu schaffen sein. Vor allem wird eine Berufungsinstanz gefordert, die eine unparteiische Rechtsprechung sichert. — Für Berlin dürfte eine solche Berufungsinstanz in dem in Aussicht genommenen „Hauptmietenamt“ der Zentrale der 26 Berliner Mietsteigerungsämter und in den Bezirken geschaffen werden. Es hat die Möglichkeit, auf Grund von Anträgen auf Wiederaufnahme die Entscheidungen der einzelnen Mietsteigerungsämter, die als Bezirksabteilungen des Hauptmietenamtes gelten, zu ändern.

Verpflichtung erhaltungsbedürftiger Kinder. Diejenigen schwachen und kränklichen Schulkinder, die zur Erholung in Kurorte, Erholungsheimen oder Tageserholungsstätten versetzt werden sollen, müssen, soweit es noch nicht geschehen, von den Angehörigen in den schulärztlichen Sprechstunden angemeldet werden. Die Verpflichtung erfolgt bei Mittellosgkeit der Eltern kostenlos, sonst ist ein Zuschuß entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu zahlen. Das Gesundheitsamt der Gemeinde Reinickendorf.

Der Abbau der Kriegswirtschaft erfolgt nicht nach den Bedürfnissen der Konsumenten, sondern fast stets nach dem der Erzeuger. Daher kommt es, daß die Zwangswirtschaft gerade in den Konsumartikeln noch nicht abgebaut worden ist, in denen Interessentenkreise dies nicht wünschen. Für die Tabakindustrie besteht noch die Nationalisierung. Obwohl gerade in dieser Industrie seit dem Kriege eine völlige Umstellung erfolgte, richtet sich diese nach der Produktion während des Krieges. Ein nicht geringer Teil der damaligen Fabrikanten hat die Industrie eingestellt und lebt von der Verpachtung ihrer Nation an leistungsfähige Fabriken. Es hat sich mit der Zeit ein fester Satz herausgebildet, der für jede einzelne Zigarette 7 Pfennig ausmacht. Um diesen Preis könnten die Zigaretten billiger hergestellt werden, wenn man von Regierungsseite die Zahlung dieser Liebesgabe einstellen würde. Wir können von dieser Regierung nicht erwarten, daß sie Konsumenteninteressen zur Rücksicht ihres Handels macht.

Wie eine Knochenspieler spielte sich gestern vormittag ein wirkliche Verbrecherjagd in der Gorkowstraße ab. Das Fahndungsmandat der Kriminalpolizei hatte Veranlassung, sich dort einmal die Güte eines Fremdenlogis „genauer anzusehen“. Die Ausgänge wurden besetzt und die Beamten gingen dann alle Zimmer eins nach dem anderen durch. Die Gänge konnten sich nur zum Teil genügend ausweichen, so daß einige den Weg nach dem Polizeipräsidenten antreten mußten. Einer, der ein Manufakturzimmer bewohnte, erklärte, daß er keine Papiere verlegt habe, sie aber jeden Augenblick finden müßte. Während man ihn suchen ließ, sah sich die Beamten unterdessen schon in dem Nebenraum um. Als sie sich dann wieder ihm zuwandten, war der Gast verschwunden. Durch die Tür konnte er nicht entfliehen sein, weil Beamte auf dem Gange standen. Er mußte also zum Dachfenster hinausgegangen sein. Auf dem Dach aber war er auch nicht zu finden. Das Rätsel löste sich, als man ein anderes Manufakturzimmer aufschloß. Der Gast war an der Dachrinne entlang gelaufen und hatte durch ein anderes Dachfenster einen neuen Unterschlupf gesucht und gefunden. Als man ihn hier aufstöberte, entwich er von neuem auf das Dach hinauf. Inzwischen hatte ein anderer Kriminalbeamter eine Dachluke geöffnet, um sich nach dem Verschwinden umzusehen. Da kam er gerade an der Luke vorbeigelaufen. Der Beamte sah ihn am Bein, der Flüchtling konnte sich jedoch losreißen und sprang, bevor noch der Beamte die Befolgung aufnehmen konnte, vor dessen Augen in den Schornstein hinauf, aus dem unmittelbar darauf eine mächtige schwarze Rauchwolke emporstieg. Nachdem sich diese verzogen hatte, blühte der Beamte in den Ramin hinauf, sah aber nichts. Drinstecken mußte der Flüchtling doch noch. Denn dieser Schornstein hatte im Gegensatz zu denen des Kinos keinen Geheimausgang. Deshalb wurde die Feuerwehr gerufen. Sie peilte den Ramin mit einem Seil ab und stellte fest, daß der Gast aus dem Fremdenlogis in acht Meter Tiefe hat. Er verschmähte es, den Rettungsanker zu ergreifen, und so war man gezwungen, den Schornstein an der Stelle, an der er sich anheftete, und so denn Mann zu befreien. Schwarz wie ein Schornsteinfeger wurde er nach dem Polizeipräsidenten gebracht.

präsidium gebracht. Hier nannte er sich Max Gräbe. Man stellte ihn aber bald fest als einen Arbeiter Max Lehmann, der wegen Ausbruchs gesucht wurde.

Verurteilung des Prozesses gegen Kommerzienrat Dießgang. Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III sollte am gestrigen Sonnabend der Prozess gegen den aus Kassel kommenden Kommerzienrat Otto Dießgang wegen verurlichter Beamtenbeschädigung beginnen. Wie erinnerlich, wurde das Verfahren gegen Kommerzienrat Dießgang eröffnet, da die Klage ihm zur Last gelegt hatte, Dießgang habe den Staatsanwalt Dr. Gutzahr durch ein finanzielles Angebot veranlassen wollen, die Verfahren gegen den Kaufmann Georg Elarz einzustellen. Der heutige Termin wurde aufgehoben, da der als Zeuge geladene Oberbürgermeister Scheidemann-Kassel den Antrag gestellt hatte, an seinem Wohnsitz kommunizierbar vernommen zu werden. Geord. diesen Antrag ist von dem Reklament, Staatsanwalt Dr. Gutzahr, und dem Beklagten, Kommerzienrat Dießgang, Einspruch erhoben worden.

Ueberfall am Molte-Deumal. Sonnabend abend gegen 8 1/2 Uhr wurde der Droger Kurt Bente aus Kolbitz am Königsplatz in der Nähe des Molte-Deumals von einem Unbekannten überfallen und durch einen Schlag auf den Hinterkopf betäubt. Dann kletterte er über die Mauer seiner Verliesen und flüchtete. Ein Beamter der Schutzpolizei brachte den Verwundeten nach der Rettungswache in der Jägerstraße, wo der Arzt eine Gehirn-erschütterung feststellte. Der Wert der geraubten Sachen beläuft sich auf etwa 7000 M.

Großfeuer in Oberhönoweide. Montag nacht gegen 12 Uhr brach auf dem Grundstück der Transformatorfabrik der A. G. in Oberhönoweide, Wilhelmshofstr. 83-85, in einem aus Holz gebauten Lagerbühnen, Feuer aus, das in den dort lagerten mit Benzin und Öl getränkter Puhappen reiche Nahrung fand. Auf den Klamm „Großfeuer“ rüdten acht Löschzüge an, die zwar noch die in dem Schuppen befindlichen Sauerstoffflaschen in Sicherheit zu bringen vermochten, den Schuppen selbst aber nicht mehr retten konnten. Dieser brannte bis auf kleine Reste nieder, ebenso wurde das in dem Schuppen lagernde Material fast vollständig ein Raub der Flammen. Erst nach drei Stunden, nachdem alle Gefahr für die angrenzenden Gebäude beseitigt war, konnten die Behälter wieder abräumen. Der Schaden beträgt etwa eine Million Mark.

Ueber Tuberkulose, ihre Gefahren und ihre Verhütung beramte der Landesauschuss für englische Volksbeschäftigung in Gemeinschaft mit den Reichsversicherungsanstalten Groß-Berlins und des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose heute, Dienstag, abends 8 Uhr, unentgeltliche Lichtbildvorträge von Versten in folgenden Lokalen: Lichtenberg, Parkane (Reform-Anstalt), 44/46; N., Gleimstr. 49; N., Banstr. 18; N., Gartenstr. 25; N., Dunderstr. 63; R.M., Bodumer Str. 8 b; E., Steinstr. 31/34; E., Stralauer Str. 15/22; S.O., Mariannenstr. 47; Schöneberg, Kolonnenstr. 21/23.

Milchlieferung. Am Dienstag, den 12. und Mittwoch, den 13. d. M., werden die D-Karten nicht beliefert. Am Dienstag, den 12. April, werden die 1/2-Liter-Kranzarten mit Frischmilch beliefert, mit Ausnahme der Bezirke 5, 6, 7 und 8. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Am Mittwoch, den 13. April, werden die 1/2-Liter-Kranzarten mit Frischmilch beliefert mit Ausnahme der Bezirke 1, 2, 3, 4 und 9. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Wunder des Schneehubs. Der berühmte unter Lebensgefahr und größten Schwierigkeiten aufgenommene Naturfilm, der uns die Geheimnisse des Hochgebirges enthüllt, wird jetzt täglich in der Treptow-Sternwarte vorgeführt. Die nächsten Veranstaltungen finden statt: Dienstag, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, Donnerstag, den 14. April, abends 6 und 8 Uhr, Freitag, den 15. April, abends 6 und 8 Uhr, Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr. Außerdem finden folgende Vorträge statt: Dienstag, den 12. April, abends 7 Uhr „Einführung in die Astronomie“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Arsenhold). Mittwoch, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr „Drablose Telegraphie“ (Vortrag mit zahlreichem Experimentieren und Filmen von Herrn Oberingenieur Ratzig (Gel. I. drablose Telegraphie). Sonnabend, den 16. April, nachm. 5 Uhr „Polarjagden (Seelöwen, Renniere und Eise) (Filme). Mit dem großen Fernrohr wird bei klarem Wetter von 2-5 Uhr die Sonne, von 5-7 Uhr die Venus, von 7-11 Uhr der Mond beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends statt.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz). Am Mittwoch, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Kulepof, Ecke Jägerstraße, ein Unterhaltungsabend der freien sozialistischen Jugend mit Einführung der Schulklassen statt. Die Genossinnen und

Der Mißbrauch dieser Medicinen wird doch nicht vom Profitssystem verursacht.

Duggan lächelte bitter. „Ich möchte ein Elend sehen, das nicht durch das kapitalistische System verursacht wird. Glauben Sie, Morphium und Kokain verkaufen sich selbst? Würden Sie keinen Profit ab, derartige Karkotika, würden bloß an Ärzte abgegeben werden. Woher haben Sie denn Ihren Sozialismus?“

Peter zog sich hastig zurück. „Freilich, weiß ich das alles. Aber wir sind im Gefängnis, weil wir die Dinge ändern wollen; haben wir nicht das Recht, ein wenig auszutaufen?“

Der Dichter schaute ihn an, feierlich, ernst, wie eine Cule. „Nein“, entgegnete er. „Weil wir es im Gefängnis gut und behaglich haben, dürfen wir nicht das Elend der draußen Lebenden vergessen.“

Die anderen lachten, doch hatte Duggan seine Worte nicht scherzhaft gemeint. Er erhob sich, sprach mit ausgedehnten Armen, als ob er sich zum Opfer anbiete:

„So lange es eine untere Klasse gibt, gehöre ich ihr an. So lange es verbrecherische Elemente gibt, gehöre ich zu ihnen.“

So lange es eine Seele im Gefängnis gibt, bin ich nicht frei.“

Dann setzte er sich und vergrub das Gesicht in den Händen. Die rauhen Furchen verzerrten schweigend. Dann sagte Gus, der schwedische Matrose, schüchtern, als finde er, Duggan sei zu hart gegen Peter gewesen: „Genosse Gudge ist zum zweitenmal im Gefängnis.“

Der Dichter blühte auf, streckte Peter die Hand hin. „Ich weiß es. Will Ihnen auch gerne eine fröhlichere Geschichte erzählen.“

Duggan hatte einmal für ein Kino gearbeitet. Für das eine Stück waren Bagabunden, Ausgestoßene und Verbrecher erforderlich. Es sollte ein „Kriegsbereitschafts-Film“ werden, und ein Bild zeigte, wie Agitatoren und Bländerer den Palast eines Bankiers stürmen. Zweihundert Bagabunden wurden zum Palast eines wirklichen Bankiers gebracht, und der Regisseur hielt vom Rasenplatz aus eine Rede, erklärte, wie sie sich zu benehmen hätten. „Vergeht nicht“, erklärte er, „daß der Kerl, der dieses Haus besitzt, derselbe Kerl ist, dem aller Reichtum gehört, den Ihr produziert habt. Ihr liebt im Elend und wißt, daß er Euch beraubt hat, deshalb haßt Ihr ihn, versammelt Euch auf diesem Rasenplatz und wollt seinen Palast stürmen. Kommt Ihr ihn erwischen, so werdet Ihr ihn in Stücke zerreißt.“ Derart sprach der Regisseur, bis ihn Duggan mit den Worten unterbrach: „Hören

Sie einmal. Sie brauchen uns das wirklich nicht sagen, wir sind tatsächlich ausgebeutet, und dieser Palast ist ein wirklicher Palast.“

Die anderen fanden anscheinend die Geschichte drollig, und lachten darüber, bei Peter jedoch verstärkte sie bloß den Haß gegen die Roten, sowie seine Ueberzeugung, sie seien alle wahnsinnig vor Neid. Sie haßten alle, die Erfolg gehabt hatten, bloß um des Erfolges willen. Freilich, sie werden nie etwas erreichen, werden ewig murren und hehen, die große Masse der amerikanischen Arbeiter jedoch steht dem Ranne, der etwas leisten kann, mit normalen Gefühlen gegenüber verlangt nicht, seinen Palast zu stürmen, folgt bereitwillig seiner Führung.

Es war, als hätte Henderson, der Holzfäller, Peters Gedanken erraten. „Mein Gott“, leuchtete er. „Was ist es doch für eine Arbeit, den Proletarier Klassenbewußt zu machen.“ Er sah am Rande seiner Brille, die schweren Schultern vorgebengt, die Stirne gerunzelt, grübelte über das Problem, wie man die Unzufriedenheit der Welt vergrößern könnte. Er erzählte von einem Lager, in dem er gearbeitet hatte; die Arbeit war derart hart und gefährlich gewesen, daß in einem Winter sieben Leute ihr Leben gelassen hatten. Der Besitzer des Waldes hatte diesen durch den gemeinsten Schwindel erlangt, die Wohnungen der Holzfäller waren schmierig, voller Ungeziefer, die Nahrung war schlecht, der Lohn niedrig, die Behandlung schamhüllig. Im Frühling kam der Sohn des Arbeitgebers mit seiner jungen Frau in den Hüttenwochen in den Wald. „Jesus“, sagte Henderson, „Ihr hättet hören sollen, wie diese Diabolen von Holzfällern dem jungen Paar zusubelten, es hochleben ließen. Und sie meinten es ehrlich, hatten diese zwei nutzlosen, faulen, jungen Menschen wirklich gern.“

Gus, der Matrose, mischte sich ins Gespräch. Sein breites gutmütiges Gesicht grinste, man sah, daß ihm drei Vorberzähne fehlten, die mit einem Belegnagel ausgeglichen waren waren. Auch bei den Matrosen sei es das gleiche, erklärte er. Sie sahen niemals die Kneeder, kannten nicht einmal die Namen der Leute, die von ihrer Arbeit profitierten, hatten aber eine finstere Anhänglichkeit für das Schiff. Jemandem alter Kasten wurde auf die hohe See gefandt, damit er untergehe und die Besitzer die Versicherung erhalten, die armen Matrosen jedoch liebten den verfaulten alten Kasten so sehr, daß sie mit ihm untergingen — oder ihn zur geheimen But der Kneeder — retteten.

(Fortsetzung folgt.)

Genossen werden ersucht, alle ihnen bekannten Jugendlichen zur Teilnahme an dieser Veranstaltung auszufordern.

Elternsammlung in Charlottenburg, Dienstag, den 12. April, abends 7 Uhr, öffentliche Versammlung der Eltern in der Aula SchulstraÙe. Thema: „Die weltliche Schule.“ Referent: Genosse Stadtschulrat Dr. Löwentheim.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin. Der unter Mißbrauch unseres Namens angekündigte Lehrkursus Ammenstraße, hat mit unserer Organisation keinen Zusammenhang. Es liegt hier eine Verfälschung der Arbeiterkassenkarte vor und wir warnen dringend vor dem Besuch dieses zweifelhaften Unternehmens. Der Zentralvorstand.

Einheitsliche Regelung der Berliner Marktgebühren. Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, worin der Magistrat ersucht wird, die Marktgebühren und Standgebühren für alle Teile der Stadtgemeinde Berlin einheitlich zu regeln.

Die Briefpost für Sowjet-Rußland, die Ukraine, die Republik Aserbeidschan und die russische Republik des Fernen Ostens wird von jetzt an nicht mehr über Norwegen, sondern über Leitland geleistet, und zwar werden täglich Briefposten mit gewöhnlichen freigegebenen Briefsendungen abgefertigt.

Billige Salzheringe. Aus Reichsbeständen werden zurzeit an den Kleinhandel notwendige Salzheringe zu so billigen Preisen verkauft, daß die Heringe mit 30 bis 60 Pfennig pro Stück je nach Qualität und Größe an das Publikum abgegeben werden können. Der Kleinhandel erhält die Heringe durch die Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Französische Str. 14.

Jugendbewegung

Veranstaltungen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend. Zentrale: Mittwoch, abends 7 Uhr. Unterrichtsabend der Rotfrontkämpfer am Mädel. — Ferienhaltungen der Gruppen: Norden: Sportklub Hermann Haselkötter. 6. Dienstag, 12. April, Pflanztag. Donnerstag, 14. April, Elisenplatz. Freitag, 15. April, Vorkursabend. Sonntag, 17. April, Gruppenversammlung (abends Jugendheim). Wochenend-Arbeit: Sonntag, 14. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Freitag, 15. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Samstag, 16. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Sonntag, 17. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Dienstag, 12. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Donnerstag, 14. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Freitag, 15. April, Vorkursabend (abends Jugendheim). Sonntag, 17. April, Vorkursabend (abends Jugendheim).

Gewerkchaftliches

Beamtenkammern — Beamtenträte

Unter obigem Stichwort wird zurzeit, anscheinend unter offizieller Führung von Bayern aus, für den von der bayerischen Regierung vertretenen Gedanken der Beamtenkammer eine lebendige Propaganda in der Tagespresse betrieben, die dazu dient, Verwirrung und wenn möglich Zerspaltung in die Beamtenschaft hineinzutragen. Um mit dieser Methode Anhänger zu gewinnen, wird unter anderem behauptet, daß der Beamtentag sich als notwendig erweise, der von der bayerischen Regierung und dem Bayerischen Beamtensbund „von Anfang an“ verlangt worden sei, immer weitere Kreise gewonnen habe. Heute sei Süddeutschland geschlossen für die Gesamtbeamtenschaft (Beamtentag), und auch die kleineren norddeutschen Staaten seien im wesentlichen auf demselben Boden.

Durch eine vorzeitig erscheinende Berichterstattung wird keineswegs der Sache gedient. Ihre Urheber wissen sehr wohl, daß bis Anfang 1921, abgesehen vom Bayerischen Gemeindebeamtensbund, von der Beamtenschaft nur Beamtenträte (Ausschüsse) und keine Kammern gefordert wurden. Auch der Bund der höheren Beamten, der Vereinigte höhere Verwaltungsbeamten sowie die Spitzengewerkschaften Deutscher Beamtensbund, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring forderten „von Anfang an“ Beamtenträte.

Bei den vom Reichsministerium des Innern geführten Verhandlungen wurde lediglich von der bayerischen Regierung die Beamtentag-Forderung, alle übrigen Regierungen haben diese Anregung nicht unterstützt. Erst nach Weihnachten 1920 ist eine Wandlung eingetreten, die ausschließlich auf die bayerische Initiative zurückzuführen sein dürfte. Das bisherige Ergebnis dieser Wandlung ist aber durchaus nicht so, wie es von Bayern dargestellt wird. In begrenzten Teilen der Beamtenschaft werden allerdings Wünsche nach Schaffung von Beamtenträten laut, aber neben den Beamtenträten und zwar neben Räten nicht im bayerischen Sinne, nach dem sie rechtlos sein sollen, sondern neben Räten im Sinne des Entwurfs eines Beamtenträtegesetzes des Deutschen Beamtensbundes, wie die Forderung der württembergischen Beamtenschaft das klar zum Ausdruck bringt.

Auch einige Regierungen treten für eine rein beratende Beamtentag-Kammer ohne Gesetzesinitiative, keineswegs aber für die von Bayern geforderte ein. Baden steht nach wie vor auf dem Boden des Entwurfs der Reichsregierung (Beamtenträte). Trotz der bayerischen Initiative ist also keine besondere Stimmung für den bayerischen Beamtentag vorhanden. Die in Aussicht stehenden Beratungen des bayerischen Beamtentags im Reichsrat werden sehr bald Klarheit darüber bringen, ob der Wille der überwältigenden Mehrheit der organisierten Beamten nach der Absicht einiger bayerischer Drahtzieher nicht überrannt werden können. Der Deutsche Beamtensbund wird

nicht, wie man an manchen Stellen in Bayern zu glauben scheint, auf dem Wege „geheimer Verabredungen“ den gewisse bayerische Beamtenträger leider beschritten haben, sondern vor aller Öffentlichkeit den Kampf für die Errichtung verfassungsmäßig gewählter Beamtenträte aufnehmen, und er darf die begründete Hoffnung hegen, daß er den Deutschen Reichsrat in diesem Kampfe an seiner Seite finden wird.

Streik im Möbeltransportgewerbe beigelegt

Der Streik im Möbeltransportgewerbe ist durch Verhandlung am 9. d. M. beigelegt. Die Arbeit ist am Montag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Zum Streik der Friedhofsarbeiter

Vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter wird uns geschrieben: Der Berliner Lokalanzeiger bringt in seiner Sonderausgabe vom Montag, den 11. April d. J., eine Notiz „Ausstellungen kreuzenden Friedhofsarbeiter“. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen wenden, daß man, ohne den Beweis dafür zu erbringen, behauptet, die Streikenden hätten die in dem Bericht erwähnten Ausstellungen verübt. Eine Niedertracht muß es bezeichnet werden, wenn man die Arbeiterkassen der jüdischen Friedhöfe in Westpreußen des Diebstahls von 40 Hohen bezichtigt, da selbst die jüdische Gemeinde bisher keine Veranlassung genommen hat, die Streikenden damit im Zusammenhang zu bringen.

Der Zweck der Uebung ist offensichtlich. Man versucht mit allen nur denkbaren Mitteln, Stimmung für ein Eingreifen der Polizei zu machen. Letztere hatte nämlich bisher keinerlei Grund zum Einschreiten, weil die Streikenden den Kampf nur mit den erlaubten gewerkschaftlichen Mitteln geführt haben. Dieses wird auch weiter geschehen. Wir warnen die Streikenden ausdrücklich davor, sich provozieren zu lassen und sich an Ungehörigkeiten zu beteiligen.

Die Kirchengemeinden nehmen weiter eine herausfordernde Haltung ein. Der Lokalanzeiger brachte in seiner Sonntagsausgabe ein Inserat, in welchem Arbeitswillige auf den Berliner Friedhöfen gesucht werden. Interessant ist es festzustellen, wenn man hier verlangt, daß die Einzustellenden einer christlichen Organisation angehören sollen. Die Bestimmung des Betriebsratsgesetzes, daß eine Einstellung von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation nicht abhängig gemacht werden darf, scheint für die Kirchengemeinden nicht zu existieren. Welches Geschrei würde man aber im umgekehrten Falle erheben. Die Streikenden kämpfen um ihre Existenz. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterkassen. Jeder Arbeitswillige, der sich den Kirchengemeinden zur Verfügung stellt, muß als Streikbrecher betrachtet werden.

Angestellte der privaten Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg

Der Tarifvertrag für die Angestellten der oben genannten Werke und auch der Gehaltsvertrag liegen beim Ortsrat des Ufa-Bundes bei den in Frage kommenden Organisationen (Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister-Verband und Zentralverband der Angestellten) zum Verkauf aus.

Der Preis stellt sich auf 1,50 M. Auch schriftliche Bestellungen werden entgegengenommen. Ufa-Bund, Ortsrat Groß-Berlin.

Metallarbeiter

Zu der am Dienstag, den 12. d. M., abends 6 Uhr, in der Hofbrauerei, Jüdicinstr. 11, stattfindenden Versammlung der Betriebsräte der Metallindustrie, haben auch die Vertrauensleute und Delegierte der Arbeitlosten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen Vorzeigung ihrer Legitimationskarte Zutritt.

Betriebsratswahl bei Altkien

Ergebnis der vom 6. bis 8. April stattgefundenen Betriebsratswahl der Altkien A. G. Gesamtpersonal 3528, davon Arbeiter 1887, Angestellte 1641. Wahlberechtigte 3375, davon Arbeiter 1835, Angestellte 1540. Abgegebene Stimmen 2569, davon Arbeiter 1552, Angestellte 1037.

Wahlergebnis. Arbeiter: Liste 1 (Kommunisten), Betriebsrat 2 Sitze mit 503 Stimmen. Erg.-Mittgl. f. d. Arbeiterrat 2 Sitze.

Angestellte: Liste 2 (Harmonie) 2 Sitze mit 377 Stimmen. Erg.-Mittgl. f. d. Angestelltenrat 2 Sitze.

Liste 3 (Freigewerkschaftlich) 3 Sitze mit 650 Stimmen. Erg.-Mittgl. f. d. Angestelltenrat 3 Sitze.

Liste 4 (Freigewerkschaftlich), Betriebsrat 6 Sitze mit 1047 Stimmen. Erg.-Mittgl. f. d. Arbeiterrat 2 Sitze.

Demnach haben auch bei dieser Wahl die Kommunisten den kürzeren gezogen. Den 11 freigewerkschaftlichen Listen stehen 4 kommunistische gegenüber.

U. S. R. Graphische Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Am Donnerstag, 14. April, abends 6 Uhr, findet im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44, eine Funktionärerversammlung der auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationalen stehenden Kollegen und Kolleginnen statt. Vollständiges Erscheinen notwendig. Der Aktionsausschuß (Richtung Amsterdam).

Waldwerk, Papierrohr- und Kabeleinindustrie. Versammlung aller im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationalen stehen, Donnerstag, den 14. d. M., abends 7 Uhr, Schule Weinmeisterstraße 16-17. (Näheres dort Tafel.) Tagesordnung: Was geht in unserer Industrie vor? Gewerkschafts- und Parteibuch legitimiert.

Tarifverhandlungen mit der Reichspostverwaltung. Der Deutsche Verkehrsbund, Abteilung Post-, Ferngraphen- und Fernsprechtarifverhandlungen, Dienstag, den 12. März 1921, beginnen die Tarifverhandlungen mit der Reichspostverwaltung. Die bisherigen zwei Tarifverträge sollen zu einem vereinigt werden. Ueber das Endergebnis werden wir berichten.

Privatwächter. Mittwoch morgen 9 Uhr, findet bei Schirm, Charlottenstr. 7-8, eine äußerst wichtige Versammlung aller auf Haus-, Holz- und Lagerplätzen, Fabriken, Geschäfts- und Industriehäusern beschäftigten Wächter statt.

Aus den Organisationen

Dienstag, 12. April

K. Bäcker. Abteilungsleiter Material abholen bei Schweißerei, Mitte Jankowstr. 21. Charlottenburg. Abends 8 Uhr, Lehr- und Diskussionsabend im Rathaus, Zimmer 1.

Mittwoch, 13. März

- 1. Bäcker. Jahlabend 7 Uhr. 1. und 2. Abteilung bei Hagen, Strohofener Straße 2, 4. und 5. Abteilung bei Schirm, Charlottenstr. 7-8. 3. Abteilung bei Weimann, Jankowstr. 21.
- 2. Bäcker. Abends 7 Uhr. Jahlabend in der Aula Volkshaus. 15. Sonntag des Genossenkalenders über die innerparteiliche Lage.
- 3. Bäcker. 1. Abteilung. 7 Uhr gemeinsamer Jahlabend bei Hagen, Strohofener Straße 2. — 4. Abteilung. 7 Uhr gemeinsamer Jahlabend, Schulaula Dörfelstr. 21. Vortrag der Genossen Zien.
- 4. Bäcker. 13. Abteilung. Gemeinsamer Jahlabend abends 7 Uhr. Schulaula Dörfelstr. 21. Vortrag des Genossen Gieseler: „Von Ueberleben zur Klassenbewegung“.
- 5. Bäcker. 4. Abteilung. 6 1/2 Uhr gemeinsamer Jahlabend bei Hofers, Webersch. 17.
- 6. Bäcker. 7. Abteilung. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. Vorträge: 7 Uhr Vortrag des Genossen Faust Krause.
- 7. Bäcker. 4. Abteilung. Gemeinsamer Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 14. Bäcker. 2. Abteilung. Abends 7 Uhr gemeinsamer Jahlabend aller Bezirke in der Schulaula der 118. Gemeindefabrik, Gieselerstr. 17. Wichtige Tagesordnung.
- 8. Vermarktungsbeirat. Abends 8 Uhr. Zimmer 17 (Rathaus), Fraktionskongress. Die Redaktionen der Bezirke sind eingeladen. Bezirk Köpenick. Abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Parteizahlabend in der Schule Friederichstr. 76.
- 9. Arbeiter. Abends 7 1/2 Uhr gemeinsamer Jahlabend bei Fischer, Bernauerstr. 7.

Richterhäuser. Die Generalversammlung findet auf Verlangen der Mitgliederversammlung nicht statt. Die Schulen besuchen die Jahlabende ihres Bezirkes.

Einzig. In den letzten Jahren Jahlabend. Bestimmtes Erscheinen aller Genossen nötig. 1. Gruppe. Vermarktungsbeirat Jahlabend bei W. Diefel, Gieselerstr. 17. 2. Gruppe. 7 Uhr Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 3. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 4. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 5. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13.

Spandau. Abends 7 1/2 Uhr. Abteilungsverfammlungen. 1. Abteilung. Hauptabteilung im Restaurant Jägerhäuser. 2. Abteilung. Hauptabteilung im Restaurant Wagnitz. 3. Abteilung. Hauptabteilung im Restaurant Wagnitz. 4. Abteilung. Hauptabteilung im Restaurant Wagnitz.

Königsberg. Abends 7 1/2 Uhr. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 1. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 2. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 3. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 4. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13.

11. d. M. Abends 7 1/2 Uhr. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 1. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 2. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 3. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13. 4. Gruppe. Jahlabend bei Wagnitz, Bernauerstr. 13.

Bereinskalender

Dienstag, 12. April

Schulverband der Schwämmigen. Abends 7 Uhr (findet in der Markstraße, 19 eine Generallversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag und Bericht des Vorstands. Beschluß aufgenommen. Güte mitnehmen.

Mittwoch, 13. März

Deutscher Eisenarbeiter-Verband. Section 1, Leberbrunnen. 5 Uhr bei Kiebitz, Rühlensstr. 42. Fraktionsversammlung.

Wasserschutzverband. Nächste Sitzung 4 Uhr, große Brandversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27. Tagesordnung: Bericht der Lokalverbände.

Donnerstag, 14. März

Reichsbund der Kriegsschadhaften und Hinterbliebenen, Bezirk Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr im Logentempel, Charlottenburg, Kirchofstr. 2. Monatsversammlung.

Lebensmittelkalender

Stetig. Fernmeldung: Rinder 1-8 Jahre, Weizen 2 500 Gr. Getreid 1,50 M., Bohnen 1,20 M., Kartoffeln 1,20 M., Rindfleisch 1,20 M., Schweinefleisch 1,20 M., Eier 1,20 M., Butter 1,20 M., Milch 1,20 M., Brot 1,20 M., Fleisch 1,20 M., Obst 1,20 M., Gemüse 1,20 M., Fisch 1,20 M., Mehl 1,20 M., Zucker 1,20 M., Salz 1,20 M., Pfeffer 1,20 M., Gewürze 1,20 M., Wein 1,20 M., Spirituosen 1,20 M., Tee 1,20 M., Kaffee 1,20 M., Obst 1,20 M., Gemüse 1,20 M., Fisch 1,20 M., Mehl 1,20 M., Zucker 1,20 M., Salz 1,20 M., Pfeffer 1,20 M., Gewürze 1,20 M., Wein 1,20 M., Spirituosen 1,20 M., Tee 1,20 M., Kaffee 1,20 M.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kroschwitz, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Emil Kroschwitz, Berlin. — Verlage: Genossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Berliner Druckerei e. G. m. b. H., Berlin E 2, Breite Str. 6-8.

Aus Reichsbeständen sind im Kleinhandel

billige Salzheringe

erhältlich, die für 30 bis 60 Pf. pro Stück je nach Qualität und Größe an das Publikum abgegeben werden können

Man verlange dies kostwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften

Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft — Reichswehrverforgung m. b. H. Berlin

Das selbsttätige

gibt blendend weiße Wäsche.

ersetzt die Rasenbleiche.

macht Wollwäsche locker und griffig.

schont und erhält die Wäsche.

spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen.

wäscht schnell, billig und gut!

Allsinge Fabrikanten: RENNEL & CIE., DÜSSELDORF.

Washmittel

Genossen werbt für die „Freiheit“!